

Iván Szelényi
Möglichkeiten und Grenzen des Projekts einer neuen
Klasse in Osteuropa
Selbstkritische Überlegungen zu
»Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht« *

Zusammenfassung: 1974 vertraten Szelényi und Konrád die Ansicht, daß sich die Intellektuellen in Osteuropa auf dem Weg zur Klassenherrschaft befänden. Hier interpretiert Szelényi seine damaligen Thesen als Reaktion auf die Reformen der 60er Jahre. Daß sich seine Prognosen nicht realisierten, führt er einerseits auf den von ihm unterschätzten Widerstand der Bürokratie gegen jede Teilung der Macht zurück. Andererseits fand seit 1975 mit der Entstehung kleiner Privatunternehmen ein unvorhergesehener sozialer Wandel statt, der eine sowohl im privaten Marktsektor als auch im bürokratisch gesteuerten Bereich begründete »duale« Klassenstruktur mit sich brachte. Sich daraus ergebende mögliche Bündniskonstellationen diskutiert Szelény am Ende seines Artikels.

Vor elf Jahren, während der letzten Sommertage 1974, beendeten mein Freund György Konrád und ich das Manuskript unseres letzten gemeinsamen Buches: *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*. Wir schrieben das Buch hastig, in unserem »Versteck«, einem kleinen Haus in Csobanka, einem Dorf zehn oder fünfzehn Kilometer von Budapest und unseren geschäftigen Wohnungen und Büros entfernt. Wir hatten die etwas paranoide Befürchtung – die, wie sich später zeigte, nicht ganz unbegründet war –, daß die politische Polizei uns überwachte. Wir dachten, die Polizei warte nur darauf, uns das Manuskript zu entreißen, sobald – oder sogar bevor – es fertiggestellt sein würde. So wurden wir getrieben durch ein Gefühl der Dringlichkeit und durch eine naive, sogar narzißtische Überzeugung von der historischen Bedeutung unseres Tuns. Wir meinten, das Geheimnis des Staatssozialismus entdeckt zu haben – den bevorstehenden Machantritt einer Neuen Klasse aus Intellektuellen. Dies wollten wir unbedingt für die Geschichtsbücher festhalten und die Nachricht dann so schnell und weit als möglich verbreiten, bevor man uns verhaften würde und wir vermutlich jahrelang im Gefängnis und unser Manuskript wohl für immer in den Archiven des KGB verschwinden würde(n).

Das vergangene Jahrzehnt hat unser Leben radikal verändert. Ich habe Ungarn 1975 verlassen und während der letzten zehn Jahre auf drei Kontinenten gelebt und an drei

* Eine ungekürzte Version dieses Artikels erschien in »Politics & Society«, Vol 15, No 2/1986/87, S. 103 ff.

verschiedenen Universitäten gelehrt. Konrád ist geblieben und hat sein Abenteuer mit der soziologischen Theorie aufgegeben, um Romanautor zu werden. Doch wichtiger ist, daß sich im letzten Jahrzehnt bedeutende Veränderungen im Leben der Osteuropäer vollzogen haben. Der Zweck dieses Aufsatzes ist, den Gehalt unserer damaligen Prognose eines bevorstehenden Machtantritts der Intellektuellenklasse im sozialistischen Osteuropa abzuschätzen, angesichts der Ereignisse des vergangenen Jahrzehnts. Das Leben in einer akademischen Institution der USA, dem Department of Sociology der Universität Wisconsin, gewährt mir die angemessene Distanz.

In diesem Aufsatz stelle ich zunächst *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht* in den historischen Kontext und interpretiere das Buch vor allem als eine Reflexion über die nachstalinistischen Reformbewegungen in Osteuropa während der sechziger Jahre. Zweitens gebe ich einen kurzen Überblick über die wesentlichen – von uns meist nicht vorhergesehenen – Veränderungen der osteuropäischen Sozialstruktur seit 1974 und erörtere die aus meiner Sicht fast selbstmörderische Borniertheit der osteuropäischen Bürokratien, wenn es darum geht, die Macht mit anderen, sogar den Technokraten, auf sinnvolle Weise zu teilen. Weiterhin analysiere ich das ganz unerwartete Wiederauftauchen des Unternehmertums und die überraschende Toleranz, die neuerdings, zumindest in Ländern wie Ungarn und China, gegenüber kleinen Privatunternehmen herrscht. Drittens schließlich erörtere ich verschiedene Szenarios für die Zukunft des Staatssozialismus.

Der ganze Aufsatz ist recht selbstkritisch, besonders der letzte Abschnitt. Zehn Jahre, nachdem wir *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht* geschrieben haben, glaube ich immer noch, daß wir eine wichtige Tendenz in der Entwicklung des osteuropäischen Sozialismus der sechziger Jahre erkannt haben (obwohl wir unsere Schlußfolgerungen vielleicht etwas zu sehr verallgemeinert haben). Nach zehn Jahren allerdings meine ich, daß der wesentliche Mangel unseres Buches darin besteht, daß wir die Neue Klasse in Osteuropa nicht als eine unter anderen künftigen Möglichkeiten dargestellt haben. Wir haben uns auf diese eine Möglichkeit nicht deshalb beschränkt, weil wir an ihre historische Unausweichlichkeit oder an den Determinismus glaubten. Weil aber in unserer Sicht die Lebensfähigkeit oder die Gefahr einer Neuen Klasse während der frühen siebziger Jahre zu offensichtlich war, haben wir nicht genug Zeit auf die Frage verwandt, was sonst noch geschehen könnte. 1985 ist die Transformation des Staatssozialismus sowjetischen Typs in eine von Intellektuellen beherrschte Gesellschaft immer noch möglich, aber unwahrscheinlicher als 1975.

Die Intellektuellen und die Macht in den nachstalinistischen Reformbewegungen der sechziger Jahre

Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht ist in mancher Hinsicht eine freundliche Polemik gegen Milovan Djilas Buch *Die Neue Klasse*. Wir akzeptieren Djilas

zentrale Behauptung, daß Gesellschaften sowjetischen Typs unter dem Stalinismus durch die Bürokratie beherrscht wurden. Aber wir zögerten, den Begriff der Klasse zu verwenden, um die strukturelle Position der Bürokratie zu beschreiben. Unseres Erachtens war diese zu »archaisch«, zu »asiatisch«, um diese Klassifizierung zu verdienen. In der Tradition Webers und des Lukács-Marxismus stehend, wollten wir den Begriff der Klasse für moderne und westliche Phänomene reservieren. Wir zogen es vor, über die »herrschende bürokratische Schicht« oder den »bürokratischen Stand« zu schreiben, aber ansonsten hielten wir Djilas Diagnose im Grunde für richtig.

Wir meinten allerdings auch, daß Djilas Analyse einer wesentlichen Korrektur bedurfte. Er hatte ein Buch über die stalinistische Epoche geschrieben; unser Ziel war, ein Buch über die nachstalinistische Form des Staatssozialismus zu schreiben. Djilas hatte recht: Während der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre waren die osteuropäischen Länder durch eine Herrschaft der Bürokratie gekennzeichnet. Aber wir behaupteten, daß im Zuge der Entstalinisierung, besonders in der sich entfaltenden Reformära der sechziger Jahre, sich der Kreis derer ausweitete, welche die Macht im Staatssozialismus ausübten. Intellektuelle aller Spielarten, von den humanistischen Ideologen bis zu den Technokraten, stiegen in den Kreis der Machthaber auf und verschmolzen mit den Bürokraten. Qualifizierte Leute mit ordentlichen akademischen Titeln ersetzten die Unqualifizierten in den Positionen der Bürokratie, technokratische »Experten« teilten die Macht mit den »roten« Amtsinhabern.

Wir glaubten, daß die Bürokratie selbst sich veränderte. Sie wurde weniger archaisch, eher rationaler; sie wurde intellektualisiert. Zugleich wurden die Intellektuellen in gewissem Ausmaß bürokratischer. Dergestalt bildeten die Bürokraten und die Intellektuellen eine neue, vereint herrschende Klasse. Ich glaube immer noch, daß dies eine vernünftige Argumentation war. In mehreren osteuropäischen, vielleicht in allen Ländern des sowjetischen Blocks hatte während der sechziger Jahre der artikulierteste Teil der Intelligenz eine Romanze mit der Macht. Diese Romanze erreichte ihren Höhepunkt im Sommer 1968. Die Invasion der Tschechoslowakei veränderte die Situation auf dramatische Weise, wenn auch nicht über Nacht. Mit ihr begann sich das Verhältnis von osteuropäischen Intellektuellen und Bürokraten deutlich zu verschlechtern.

In bestimmtem Sinne hatten wir *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht* zu spät geschrieben. Das Buch hätte zum Sommer 1968 fertiggestellt und veröffentlicht sein sollen und nicht 1974, als Leute mit schärferem politischem Spürsinn schon das Ende der schwierigen Liebesaffäre zwischen der osteuropäischen Intelligenz und der Bürokratie sowjetischen Typs hätten erkennen können. Wenn unsere Kritik an Djilas tatsächlich richtig ist und sein Buch über die Neue Klasse den fünfziger Jahren angemessen ist, dann entspricht unseres den Verhältnissen Mitte bis Ende der sechziger Jahre. Natürlich ist es keineswegs das letzte Wort zum Charakter der nachstalinistischen Ära, oder, wie wir uns ausdrückten, zum »reifen Sozialismus«. Kritiker unserer Arbeit haben eingewandt, daß wir unsere besondere ungarische

Erfahrung zu sehr auf den Staatssozialismus überhaupt verallgemeinert haben (vgl. etwa Feher/Heller/Markus 1983). Ich glaube, diese Kritik ist nur teilweise berechtigt. Das Projekt der Neuen Klasse hob in Ungarn ziemlich früh an, vermutlich etwas früher als in der Tschechoslowakei oder in der DDR, doch kaum früher als in Polen oder der Sowjetunion. In der UdSSR brachten die letzten Jahre Chruschtschows und möglicherweise die ersten Jahre der Breschnew-Ära eine Art Entspannung zwischen der Intelligenzia und dem Apparat mit sich. Sogar Agnes Heller, ansonsten eine unserer schärfsten Kritikerinnen (sie wirft uns vor, dem sowjetischen System, welches sie als eine Variante »traditionaler Herrschaft« begreift, zuviel an Rationalität zuzuschreiben), bemerkt den sowjetischen Flirt mit dem »Szientismus« unter Chruschtschow.¹ (ebd., S. 143, 155) Während der frühen sechziger Jahre gab es in der Sowjetunion eine zweite Welle an Bemühungen, den Kommunismus durch Wissenschaft und Technologie zu legitimieren.

Eine erste Welle hatte es während der späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre gegeben, als Stalin viel Gewinn aus den wissenschaftlichen und industriellen Erfolgen der Sowjetunion in der Luftfahrt ziehen konnte. Die zweite Welle entstand während der »Sputnik-Phase« der frühen sechziger Jahre, in der das Vertrauen in die sowjetische Wissenschaft und Bildung wuchs und in der Sowjetunion – wie in den USA als Reflex auf die Sputnik-Panik – die staatlichen Ausgaben für Forschung und höhere Bildung erhöht wurden.

Die Annäherung von Intellektuellen und Bürokraten in Ungarn begann 1963 oder 64. Die Bereitschaft der ungarischen Intellektuellen, so kurz nach der blutigen Niederlage von 1956 (das Regime exekutierte sogar bis 1959 Leute für »Verbrechen« während des Aufstands drei Jahre zuvor) in einen Entspannungsprozeß mit der Kaderbürokratie einzutreten und sich um friedliche Koexistenz zu bemühen, mag mit den wissenschaftlichen Erfolgen und deren ausgeprägter Betonung in der Spätphase Chruschtschows zu tun haben. Ich bin davon überzeugt, daß die Vorstellung, im Gegensatz zum anarchischen und bloß formell rationalen Kapitalismus sei der Sozialismus ein superrationales System mit Wissenschaft und Forschung an seiner Seite, entscheidend war, um Intellektuelle im ganzen Ostblock zu überzeugen. Dies besonders in Ungarn, wo das neue politische System, der Kadarismus, in der Lage war, die szientistische Anziehungskraft des späten Chruschtschowismus mit seinem eigentümlichen Pragmatismus zu verbinden.²

Dies hatte breite und tiefgreifende Wirkungen auf die ungarische Intelligenz. Ideologen, Philosophen, Soziologen und Ökonomen sprangen schnell auf den neuen Legitimationszug und verdrängten ebenso schnell die Erinnerung an das Trauma von 1956.³ Lukács, Mitglied des Kabinetts von Imre Nagy, der kurz zuvor noch knapp der Verhaftung entgangen war, verkündete die »Renaissance des Marxismus«. Der humanistische Marxismus seiner SchülerInnen, besonders zu nennen sind Agnes Heller und György Markus, die zu den Gründern der inzwischen bekannten Budapester Schule gehörten, war unter den Studenten sehr einflußreich. Eine ganze neue Generation von Radikalen und Marxisten entstand unter diesem Einfluß. Unter

ihnen waren viele künftige Dissidenten oder kritische Intellektuelle der siebziger Jahre, wie die Philosophen George Benczke und Janos Kiss (die, nachdem sie sich vom Marxismus zu verabschieden begannen, zusammen unter dem Pseudonym Marc Rakowski das einflußreiche Buch »Towards an East European Marxism« schrieben). Weiter sind zu nennen der ehemalige Maoist Miklos Haraszti (der in seiner nachmaoistischen Phase als »demokratischer Dissident« das fabelhafte *Stücklohn* (1975) schrieb); Tamas Bauer, der während der siebziger Jahre zum wohl radikalsten ökonomischen Reformler wurde, sowie der Soziologe Pal Juhasz. In ihren Universitäten brachten sie die Liga junger Kommunisten unter Kontrolle, weil sie mit der alten Garde unzufrieden waren, die für sie nur ein Haufen bürokratischer Karrieristen oder, mit Alvin Gouldner (1979), »Bürokraten der alten Schule« war. Viele von ihnen traten in die Partei ein, um sie zu ändern, um den hoffnungslos der alten Linie verhafteten Bürokraten die Macht zu nehmen und die Gesellschaft mittels einer reformierten Partei zu verändern. Was Gouldner das »Projekt einer Neuen Klasse aus humanistischen Intellektuellen« und als deren Versuch, die »Bürokraten der alten Schule zu entthronen« bezeichnet, beschreibt akkurat die Aspirationen der radikalen, marxistischen und kommunistischen Intelligenzia von Philosophen, Ökonomen und Soziologen während der sechziger Jahre.

Obwohl ich weniger bekannt bin mit der intellektuellen Szene in Polen, der Tschechoslowakei oder der DDR, war die Situation dort meines Wissens nach nicht grundlegend anders als in Ungarn. In Polen fand eine enorme Renaissance des Marxismus statt, die wahrscheinlich die ungarische noch übertraf. Leszek Kolakowski, Adam Schaff oder Zygmunt Baumann unterschieden sich nicht sonderlich von Agnes Heller, György Markus oder Andras Hegedus. Die jungen polnischen Radikalen waren den ungarischen Radikalen sehr sehr ähnlich, im intellektuellen Profil während der sechziger Jahre wie in ihrer darauffolgenden Wende zum Dissidententum. Die bekanntesten Beispiele sind natürlich Jacek Kuron und Karel Modzelewski. Auch sie versuchten, sich mit der Partei »auseinanderzusetzen«, sie von innen zu reformieren, die alten Bürokraten durch Leute zu ersetzen, die, wie sie selbst, genuine Intellektuelle mit ordentlichem »Ruf« waren – bevor sie zu Antikommunisten wurden und die Partei während der siebziger Jahre völlig verwarfen (vgl. Kuron/Modzelewski 1973). Es ist wahrscheinlich nicht zuviel gesagt, wenn man den Mangel an Sympathie der polnischen Arbeiter gegenüber dem Radikalismus der Studenten und Intellektuellen im Februar 1968 mit der Annäherung erklärt, die zwischen den Intellektuellen und der Partei stattgefunden hatte. Den meisten polnischen Arbeitern erschien dieser Radikalismus wohl als interner Kampf zwischen verschiedenen Gruppen von Intellektuellen und daher belanglos für sie.

Ist die Geschichte der tschechischen Reformbewegung, die ihren Anfang 1963/64 nahm und den Höhepunkt im Prager Frühling erreichte, gänzlich anders? Die Mehrzahl der Ideologen und Aktiven des Prager Frühlings würden zugestehen, daß die Bewegung für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz von oben ausging (vgl. etwa Svitak 1981, S. 110 ff.). Sie war ein Kampf zwischen reformerischen und re-

formunwilligen Kommunisten, eine Bewegung aus Intellektuellen. Die reformerischen Intellektuellen der Kommunistischen Partei waren inspiriert durch die marxistische Renaissance im eigenen Land, die von Karel Kosik und anderen ausgelöst worden war. Sie waren der Überzeugung, daß sie die Geschicke der Partei übernehmen und die Bürokraten der alten Schule ablösen müßten, um die Gesellschaft, nun humanistischer und demokratischer, in eine sozialistische Zukunft zu führen, deren Plan gemäß den wissenschaftlichen Erkenntnissen entworfen werden konnte, die sie aus dem Marxismus, und viele von ihnen aus dem Marxismus-Leninismus, gewonnen hatten. (Während der sechziger Jahre waren Lenin, der Leninismus und die Avantgarde-Partei immer noch heilige Kühe für die osteuropäischen ideologischen Intellektuellen, nicht nur für die Konformisten, auch für die Reformer.)

Ich weiß noch weniger über die DDR als über Polen und die Tschechoslowakei, aber schreibe ich eine Geschichte der DDR während der Jahre 1965 bis 1975, wäre ein Brennpunkt meiner Forschungen der Flirt der Intelligenz mit Partei und Bürokratie. Das DDR-Regime verbreitete erfolgreich das Bild einer dynamischen, wissenschaftlich und technologisch fortgeschrittenen Gesellschaft nicht nur in linken Zirkeln des Westens, sondern wohl auch in gewissem Maß im eigenen Land. Das Projekt einer Neuen Klasse in der DDR ist in mancher Hinsicht (sicher) deutlich zu unterscheiden von den ungarischen, polnischen und tschechischen Projekten. Es wurde nicht nur später begonnen (und dauerte wahrscheinlich länger als in den anderen Ländern, mit Ausnahme Ungarns), auch die Renaissance des Marxismus war in der DDR nicht derart umfassend. Sie vollzog sich eher unter wissenschaftlichen und technologischen denn philosophischen Aspekten (vgl. Bathrick 1978, S. 23). Die DDR hatte keinen Lukács, Kolakowski, Kosik oder gar eine Heller.

Die Symbole kommunistischer Reformbestrebungen in der DDR waren der Wissenschaftler Robert Havemann und Rudolf Bahro, ein ehemaliger Industriemanager und während der sechziger Jahre ein überzeugter junger Kommunist, der Studien zur marxistischen politischen Ökonomie und zum modernen Management betrieb, während er gleichzeitig kommunistische Poesie schrieb. In den siebziger Jahren wurde er zum bekanntesten Dissidenten. Im Unterschied zu den ungarischen Pragmatisten, die Zugeständnisse an den Markt machten, wollten die Reformer in der DDR die Unzulänglichkeiten des stalinistischen Voluntarismus in der ökonomischen Politik auflösen, indem »wissenschaftlicher« und »rationaler« geplant und zu wirklich »rationaler Umverteilung« übergegangen werden sollte.⁴

Bahros Buch *Die Alternative* ist ein interessanter Ausdruck der szientistischen Version des Projekts einer Neuen Klasse, oder besser gesagt, des Scheiterns des Projekts. Es macht die Enttäuschung eines Intellektuellen deutlich, der eine Zeitlang geglaubt hatte, eine wissenschaftliche Reform des Sozialismus sei möglich, und nun erkennt, daß diese Reform wahrscheinlich durch die osteuropäische Bürokratie verhindert werden wird. Manche von uns wandten sich scharf gegen den aus unserer Sicht latenten Leninismus oder intellektuellen Avantgardismus bei Bahro. Wir glaubten, er liefere eine Neuauflage der Theorie von den Intellektuellen als all-

gemeiner Klasse und unterstelle, Sozialismus sei nur möglich, wenn jeder ein Intellektueller wird (vgl. Arato/Vajda 1980, S. 165 ff.; Szelényi 1980, S. 117 ff.; Bathrick 1978, S. 147 ff.). In Bahros Buch vermuteten wir die Verärgerung der technokratisch orientierten DDR-Manager über die inkompetenten alten Bürokraten wie über die faulen und nicht sonderlich schlaun Arbeiter zu spüren. In gewisser Hinsicht handelt Bahros *Alternative* genau wie unser Buch von einer neuen Klasse aus Intellektuellen, die im reifen Sozialismus die Macht antreten werden. Während wir uns in ironischer und kritischer Weise dazu äußerten, war Bahro uns gegenüber ein nostalgischer Anhänger dieses Vorhabens. Osteuropa schien uns in den frühen siebziger Jahren zu rasch auf die Klassenherrschaft der Intelligenza zuzugehen, während für Bahro die Intellektuellen nicht schnell genug Einfluß gewinnen und die alten Bürokraten ersetzen konnten.

Allerdings wäre es ein grober Irrtum, die Einzigartigkeit der Verhältnisse in der DDR überzubewerten und das dortige »szientistische« Projekt zu sehr in Gegensatz zu den »philosophischen« Projekten andernorts in Osteuropa zu stellen. Der Impetus für die Annäherung von Intellektuellen und Bürokraten kam zuallererst aus der Sowjetunion. Er war entstanden aus der Ablehnung des stalinistischen Voluntarismus in der ökonomischen Planung unter Chruschtschow und aus dem moralischen Schub, den der Sputnik ausgelöst hatte. Mitte der sechziger Jahre erschien eine grundlegende ökonomische Reform in der Sowjetunion wenn nicht unmittelbar anstehend, so doch möglich. Der eher am ungarischen Modell ausgerichtete, marktorientierte Reformier schien Boden zu verlieren, nicht gegenüber den alten Bürokraten, sondern den Ökonometrikern, deren Vorliebe der Rationalisierung galt. Die wissenschaftlichen Planer lehnten kategorisch die Vorstellung ab, daß die Rationalisierung der Ökonomie den Rückzug der Planer aus der Ökonomie verlange, um die Kräfte der Anarchie freizusetzen. Bewaffnet mit den neuesten wissenschaftlichen Techniken, Computern und mathematischen Modellen, meinten sie, besser als jeder Marktmechanismus in der Lage zu sein, die Materialverschwendung einzudämmen, Kosten zu senken und das Wachstum zu maximieren. Fast während der ganzen sechziger Jahre war sogar in der Sowjetunion das Konzept wissenschaftlicher Planung und wissenschaftlich-technischer Revolution dominierend. Die Ablösung der alten Bürokraten durch einen neuen Schlag technisch hochqualifizierter Kader schien unausweichlich. Schließlich hatte Breschnew selbst einen Ingenieurtitel und während seiner ersten Jahre an der Macht gab es einen mächtigen Zustrom qualifizierter Ingenieure in die Positionen bürokratischer Macht.

Der Geist wissenschaftlich-technologischer Revolution war nicht auf die DDR und die Sowjetunion beschränkt, er spielte auch in den andern Ländern der Région eine wichtige Rolle. Die wichtigste ideologische Stellungnahme in dieser Richtung stammt aus der Feder des tschechischen Reformkommunisten Radovan Richta (der allerdings diesen Reformkommunismus rasch zugunsten der Bürokratschicht verriet, als diese ihre Hegemonie nach dem August 1968 wiedererlangt hatte). Der *Richta-Report* (1968) war eine mächtige Apologie der wissenschaftlich-technischen

Revolution und ein Ruf nach einer neuen Weltordnung, in der weder habgierige Kapitalisten noch inkompetente Bürokraten die qualifizierten und selbstlosen Experten daran hindern könnten, ihre Arbeit zu tun, nämlich die Gesellschaft zu steuern. Das Buch war um das Jahr 1968 die Bibel der Neuen Klasse in Osteuropa. Zurück zur Frage des besonderen Charakters der ungarischen Verhältnisse. In den bisherigen Ausführungen habe ich in grober Weise die Rolle überbetont, die Ideologen, Philosophen und Humanisten bei der Annäherung zwischen Intellektuellen und Bürokratie in Ungarn Mitte bis Ende der sechziger Jahre gespielt haben. Weil ich diese Gruppe sehr genau kenne – ich gehörte ihr schließlich an –, war es einfacher für mich, die Geschichte mit ihr zu beginnen. Aber es wäre ein schlimmer Fehler, zu glauben, daß alles, was in Ungarn stattfand, nur auf eine neue Legitimation des Regimes hinauslief, wobei die Intellektuellen und Parteiideologen etwas bessere politische Auffassungen über den Kommunismus hatten als zuvor oder heute.

Einhergehend mit der Neulegitimation des nachstalinistischen Regimes durch die Ideologie des wissenschaftlichen Marxismus und der wissenschaftlich-technischen Revolution, bewegten sich Intellektuelle auf das Macht- und Entscheidungszentrum zu. Teilweise wurden sie von den Bürokraten der alten Schule dazu aufgefordert, die plötzlich ihr Selbstvertrauen verloren hatten, teilweise ergriffen sie die Macht gegen den Widerstand der Kaderelite. Dieser Prozeß bedeutete Annäherung und Entspannung wie auch Kampf. In Ungarn – und, wie ich annehme, in der Tschechoslowakei und in Polen – waren die Kämpfe in den Reformbewegungen Mitte bis Ende der sechziger Jahre besonders ausgeprägt. Reformkomitees begannen, das Land von Grund auf neu zu entwerfen. Sie setzten sich nicht nur mit der Ökonomie im engeren Sinne auseinander (obwohl die Reform des sogenannten ökonomischen Mechanismus, vom Preissystem bis zur Struktur des industriellen Managements, ein zentrales Problem war), auch die Sozialpolitik, der Wohnungsbau, das Schulsystem und das System der Regionen des Landes wurden neu geplant. Arbeitsgruppen, bestehend aus Architekten, Ökonomen, Soziologen (wie wir) und sogar Philosophen, sollten entscheiden, welches Dorf auf dem Land wachsen sollte und welches zu klein und isoliert war und deshalb verschwinden mußte.

Es entstand der Traum einer wissenschaftlich gesteuerten Gesellschaft – wie wir glaubten, die Konsequenz des »Marschs der Intellektuellen an die Macht«. Jene Intellektuellen und Experten hatten diese Macht noch nicht, sicher aber einen Vorgeschmack, und sie waren erpicht darauf, mehr zu bekommen. Die humanistischen Intellektuellen und die technische Intelligenz verschmolzen zu einer Gruppe; Gouldner hat diesen Prozeß als Konstitution einer Klasse der Gebildeten charakterisiert. Die humanistische ideologische Intelligenz bekam allerdings hin und wieder kalte Füße und warnte vor zu viel »Optimierung« und zu wenig »Humanisierung«, vor zu viel »Sozialtechnologie« und »Positivismus« und zu wenig wertorientierten Entscheidungen auf der Basis eines kohärenten philosophischen Systems.⁵ Am Ende des Jahrzehnts waren allerdings die Ideologen, Philosophen und Soziolo-

gen der Intelligenzia nur noch eine marginale Gruppe bei der Formierung der Intellektuellenklasse. Sogar in Ungarn befanden sich die Technokraten im Zentrum dieses Prozesses, und die wesentlichen Kämpfe wurden zwischen den Technokraten und den Bürokraten der alten Schule ausgefochten.

Dieser Machtkampf war derart umfassend, daß er praktisch alle Ebenen des sozialen Lebens berührte. Ein erhellendes und interessantes Beispiel dafür nennt Pal Juhasz in einem eindrucksvollen Artikel, der beschreibt, wie die Landwirtschaftsingenieure die ungarischen Kolchosen unter ihre Kontrolle brachten (Juhasz 1982; 1983). In Ungarn hatte die Kollektivierung der Landwirtschaft 1960, relativ spät, stattgefunden. Ein wichtiges Zugeständnis des Regimes war die Toleranz gegenüber Bauern, die mittleren und sogar großen Landbesitz hatten, den sogenannten Kulaken. Sie wurden keineswegs verfolgt. Die Leiter der Kolchosen versuchten vielmehr, diese eher angesehenen Bauern für die Sache der Kollektivierung zu gewinnen, und sie hatten nichts dagegen einzuwenden, wenn die Bauern dann den Vorsitz der neu gebildeten Kolchosen übernahmen. Mitte der sechziger Jahre waren viele ungarische Kolchosen unter der Kontrolle einer eigenartigen neuen Kaderelite – erfolgreichen Bauern von einst, die zu Managern und Bürokraten geworden waren.

Unterdessen wurde in den Landwirtschaftskollegs die Aufgabe in Angriff genommen, Landwirtschaftsingenieure mit den wissenschaftlichen Fähigkeiten zur Leitung der sozialistischen Latifundien heranzubilden. Nach 1965 konnten sie dort ihren Abschluß machen, gebildet im Geist des Richta-Reports und gewappnet mit technischem Können und dem missionarischen Eifer, die Überlegenheit großer, industrialisierter sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe über kapitalistische Unternehmen zu beweisen. An die bäuerlichen Vorstände der Kolchosen verschwendeten sie nicht allzu viele Gedanken. Sie meinten, diese Kader seien im Grunde unfähig und nur dazu in der Lage, einen Hof von 10 Hektar, aber kein Gut über 5 000 Hektar zu leiten. Juhasz zufolge brach in den späten sechziger Jahren eine Art Klassenkampf in den Kolchosen aus – in unserer Terminologie müssen wir natürlich von einem Intra-Klassenkampf sprechen. Die jungen Landwirtschaftsingenieure starteten eine große Kampagne, um die alten Bauernkader von ihren Vorstandsposten zu verjagen. Mit Hilfe ihrer früheren Kollegen an der Universität, die inzwischen Arbeit in den Landwirtschaftsdepartements der Bezirksverwaltungen gefunden hatten, brachten die Ingenieure die Landwirtschaft zu Beginn der siebziger Jahre unter ihre Kontrolle. Viele ähnlich gelagerte Fälle ließen sich nennen, darunter auch personelle Veränderungen auf bestimmten Ebenen des Parteiapparats.

Diese Ereignisse bilden den historischen Hintergrund unseres Buches. Die sechziger Jahre prägten im wesentlichen unsere Erfahrungen mit den Sphären der Arbeit und der Macht im Sozialismus. Konrád und ich versuchten, allgemeine Schlüsse zu ziehen aus »empirischem« Material und Beobachtungsdaten, die wir über soziale Ungleichheit zwischen Arbeitern, Bauern, Intellektuellen und Kadern erstellten. Vielleicht haben wir in mancher Hinsicht unsere Erfahrungen übergeneralisiert und etwas zu krude künftige Trends extrapoliert. Doch auch zehn Jahre später bin ich si-

cher, daß wir vollkommen richtig lagen. Während Gesellschaften sowjetischen Typs in der nachstalinistischen Epoche auf der Suche nach einer neuen Identität waren und die Bürokraten der alten Schule die Zügel der Macht lockerer ließen, freundeten sie sich mit der Idee an, die Macht mit den Intellektuellen zu teilen, die von der Vorstellung wissenschaftlicher Planung, wissenschaftlich-technischer Revolution und des Marxismus als Wissenschaft begeistert waren. Die Intellektuellen waren zu einer solchen Partnerschaft bereit, um den Rest der Gesellschaft in eine sozialistische Zukunft zu führen, deren Planung ihr künftiges Monopol sein würde. Aber ich muß eingestehen, daß die Neue Klasse im Verlauf des letzten Jahrzehnts in allen Ländern der Region bedeutende Rückschläge erlitten hat. 1986 waren die osteuropäischen Intellektuellen weiter von der Position einer herrschenden Klasse entfernt als noch 1965 oder 1975. Die Intelligenza ist nicht mit der Bürokratie verschmolzen. Die Theorie von Djilas hat immer noch einiges zu bieten, sogar noch heute, für die Analyse der osteuropäischen Sozialstruktur.

Warum das Projekt der Neuen Klasse gescheitert ist

In der Einschätzung der Entwicklung der osteuropäischen Sozialstruktur haben wir zwei gravierende Fehler gemacht. Obwohl wir bemerkten, wie beunruhigt die stalinistische Bürokratie durch den immer stärkeren Drang der Intellektuellen zur Macht war und wir ihre Gegenoffensive sorgfältig analysierten, glaubten wir doch, daß die Bürokratenschicht rational genug sei, ihre Hegemonie aufzugeben und ein Abkommen mit den Technokraten zu treffen, das den Staatssozialismus samt Bürokratie retten könnte. Wir irrten uns. Die Bürokratie erwies sich als borniert und weniger dazu bereit, die Macht zu teilen und Kompromisse einzugehen, als wir vorhergesehen hatten.

Hinzu kommt, daß eine wesentliche Veränderung der Sozialstruktur des Staatssozialismus stattgefunden hat, die wir sogar 1975 noch für undenkbar gehalten hätten. Seit 1975, und besonders seit 1978/79, hat das ungarische Regime wichtige Zugeständnisse an kleine Privatunternehmen in der Landwirtschaft und der Industrie gemacht. Heute wird die immer noch vom herrschenden bürokratisch-redistributiven Prinzip geformte Sozialstruktur ergänzt durch eine zweite Hierarchie, die durch einen preisregulierten Markt geprägt wird. Eine zweite Elite jener am Markt »positiv Privilegierten« tritt in Erscheinung und gewinnt zunehmend an Bedeutung.⁶ Ungarn mag das einzige Land in Osteuropa sein (den komplizierten Fall Jugoslawien einmal ausgenommen), in welchem diese Veränderung stattgefunden hat (obwohl Polen auf einem ähnlichen Weg sein könnte, und, globaler gesehen, sicherlich auch China). Dennoch muß der ungarische Fall im Auge behalten werden, da er Vorbild für andere Länder sein könnte.

Die Borniertheit der Bürokratie

Der erste verheerende Rückschlag für das Projekt einer Neuen Klasse fand 1968, erst in Warschau, dann in der Tschechoslowakei, statt. In beiden Fällen schlug die Bürokratschicht zurück und ließ die Intelligenzia wissen, daß sie nicht bereit war, die Hegemonie aufzugeben. Während wir an *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht* arbeiteten, dachten wir, dies sei nur ein relativ kurzer »politischer Zyklus« des Konservatismus. Damals waren nur fünf oder sechs Jahre seit der Invasion der Tschechoslowakei vergangen, und wir dachten, die tschechische Bürokratie und die Intelligenz würden im Lauf der Zeit ihren Frieden miteinander machen; auch in Ungarn hatte es ja einige Zeit gebraucht, um das Jahr 1956 zu vergessen. Unsere Vermutung war falsch, wie die Ereignisse bewiesen. Die Tschechoslowakei ist auch heute, fast zwanzig Jahre nach der Invasion, eingefroren in eine neue bürokratische Eiszeit, in eine Tristesse, die manche als »Neostalinismus« bezeichnen.⁷

Die Neue Klasse verlor im polnischen März 1968 viel Blut. Die polnischen Bürokraten saßen fester an den Schalthebeln der Macht als ihre tschechischen Kollegen, und sie brauchten zu ihrer Rettung keine sowjetischen Panzer. Sie neutralisierten die Arbeiterklasse und ernteten sogar einige symbolische Unterstützung für Maßnahmen gegen Intellektuelle und Juden. Tausende von Intellektuellen wurden von den Bürokraten aus Polen vertrieben. Es waren gerade jene, die sowohl die Fähigkeiten wie die Hingabe an die Sache des Sozialismus hatten, um das ökonomische und politische System gründlich rationalisieren zu können. Während der siebziger Jahre ging die Initiative zu ökonomischen und politischen Reformen von der Intelligenz auf die Arbeiter über.

In der Tschechoslowakei war die Konfrontation von reformerischer Intelligenz und Bürokratschicht sogar noch umfassender. Große Teile der Kaderelite erwiesen sich als illoyal und bereit, mit den Intellektuellen zu kollaborieren, wahrscheinlich weil die Bürokratie schwächer und tief in sich gespalten war. Bei der Invasion der Tschechoslowakei spielten natürlich die Interessen des sowjetischen Imperiums eine entscheidende Rolle. Ich würde niemals die sowjetische Behauptung unterstützen, daß sie von ihren tschechischen »Genossen« »ersucht« worden waren, sie vor einer Konterrevolution zu retten. Doch wie die späteren Ereignisse zeigten, war ein nicht allzu kleiner Teil der vormaligen Kaderelite erleichtert, die Tschechoslowakei auf das rechte Gleis und zur vertrauten Machtstruktur zurückkehren zu sehen, in welcher sie die Hegemonie innehatten. Was ich vor allem sagen will, ist, daß diese ziemlich schwache, intern gesplante und wahrscheinlich nicht sehr große Kaderelite den Intellektuellen eine gründlichere Niederlage beibrachte, als es Gomulka gelang. Das Projekt der Neuen Klasse wurde aufgeschoben oder sogar aufgegeben, und in der Konsequenz fror das Land ein in Neostalinismus, ökonomischer Stagnation und politischem Totalitarismus.

Mehr Zeit brauchte es bis zur Erkenntnis, daß die polnischen Bürokraten letztlich genauso borniert sind wie ihre tschechischen Kollegen. In Polen waren die Siebziger

ein faszinierendes Jahrzehnt. Nach Giereks Aufstieg an die Macht schien es, daß die zwei Jahre zuvor unterbrochene Reformbewegung fortgesetzt werden könne. Während der ersten Hälfte des Jahrzehnts entwickelte die polnische Ökonomie ein beachtliches Maß an Dynamik. Doch die letzten fünfzehn Jahre haben inzwischen doch gezeigt, wie borniert die polnische Bürokratie ist. Die polnische Kaderelite sabotierte in systematischer Weise die ökonomischen Reformpläne. Es gelang ihr, und dieser Prozeß war vermutlich seit Anfang der achtziger Jahre unumkehrbar, jene nicht-jüdischen Intellektuellen abzustößeln, die bereit waren, bei Giereks Projekt einer zweiten Industrialisierung Polens mitzuarbeiten (vgl. etwa Hare/Wanless 1981, S. 491 ff.). General Jaruzelski beeindruckt den Beobachter nicht gerade als radikaler Reformist, aber sogar seine zaghaften Versuche, dem System ein wenig mehr technokratische Rationalität einzuimpfen, wurden durch den Apparat und die politische Polizei sowohl während des Jahres 1981 wie seit dem Ende des Ausnahmezustands blockiert. Fast fragt man sich, gegen wen Jaruzelski eigentlich die Macht des Kriegsrechts benötigte, gegen seinen Parteiapparat oder gegen die Gewerkschaft Solidarität. Sofern seine Absicht war, die Parteikonservativen zu disziplinieren, gelang ihm dies genauso wenig wie die »Gesellschaft« in die Unterwerfung zu zwingen.

Adam Schaff, einer der wenigen übriggebliebenen reformorientierten Intellektuellen der sechziger Jahre und ein Anhänger der »kadaristischen« Lösung, interpretiert die Rolle Jaruzelskis in einer kürzlich verfaßten Analyse des Ausnahmezustands mit dem Begriff des Zentrismus. Er sieht Jaruzelski im Kampf sowohl gegen die Konservativen in der Partei wie gegen die Radikalen in der Solidarität.⁸ Aus Schaffs gnadenloser Kritik des polnischen Parteiapparates und seiner positiveren Einschätzung der möglichen Rolle des Militärs geht hervor, daß es Jaruzelskis Hauptfehler war, nach der Ausrufung des Kriegsrechts die Partei nicht aufzulösen, wie es Kadar am 4. November 1956, nach der zweiten sowjetischen Invasion Ungarns, getan hatte. Dieser Schritt ermöglichte es Kadar, seine stalinistischen Gegner innerhalb der Partei loszuwerden (und rechtzeitig auch die Opposition in der politischen Polizei zu zerschlagen). Jaruzelski konnte nicht aus der festgefahrenen politischen Situation ausbrechen, in die Polen durch die Bürokratie gezwungen worden war, weil er nicht stark oder entschlossen genug war, deren Kaderelite und den Apparat der Geheimpolizei zu säubern.⁹

Zweifellos erwies sich die ungarische Kaderelite während der siebziger Jahre als die flexibelste, aufgeschlossenste, reformfreudigste und kompromißfähigste Bürokratischschicht in Osteuropa. Dennoch waren viele meiner intellektuellen Kollegen in Ungarn ungeduldig und irritiert angesichts der Taktik des »Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück« des Apparats. Der Ausdruck *Reformintellektueller*, der 1975 noch eine positive Bezeichnung war, hatte einen ironischen, kritischen Unterton gewonnen. Während mehrerer aufeinanderfolgender Besuche in Budapest seit 1982, spürte ich diese sich ausbreitende Desillusionierung und den wachsenden Zweifel an der Reformfähigkeit des Systems.

Ein Grund für die allmähliche Desillusionierung mag auch gewesen sein, daß die ungarische Kaderelite trotz ihrer allgemeinen Flexibilität ihren Fuß auch auf den, wie wir glaubten, »Weg der Intelligenz zur Klassenmacht« setzte. Fast unmittelbar nach der Einführung des sogenannten neuen ökonomischen Mechanismus (1968) starteten bestimmte Elemente des Apparats, einige hohe Gewerkschaftsbürokraten und eine von Bela Biszku (dem damaligen vermeintlichen Nachfolger Janos Kadars) angeführte mächtige Gruppe innerhalb der Partei, vermutlich mit der Sympathie des Offizierskorps der politischen Polizei, einen Angriff auf die Reform, die ein Ausverkauf der Errungenschaften des Sozialismus sei, und auf die Intellektuellen, die sich nicht der Parteidisziplin beugten. Dies war die »Gegenoffensive der herrschenden Schicht«, wie wir sie in unserem Buch genannt hatten; sie war am Ende verantwortlich für unseren Sturz, für Gefängnis und Exil. Diese Konservativen in Partei, Gewerkschaft und Polizei versuchten beim Volk Unterstützung zu gewinnen, indem sie die Reform und die radikaleren Teile der reformerischen Intelligenz im Namen des Proletariats angriffen. Sie betrieben eine Demagogie des 'Arbeiterstandpunkts', behaupteten, die Reform verschärfe die soziale Ungleichheit zwischen Intellektuellen und Arbeitern sowie zwischen Bauern und Arbeitern. Auf diese Weise täuschten sie vor, nicht ihre eigene politische Hegemonie zu verteidigen, sondern die Arbeiterklasse gegen die Reform und die reformerische Intelligenz.

Diese Opposition des 'Arbeiterstandpunkts' gewann von 1972 bis 1975 viel Einfluß. Es gelang ihr, einige Reformmaßnahmen zurückzunehmen. Insbesondere beschnitten sie die Autonomie der Nebenerwerbsbauern. Sie unternahmen auch einige Schritte gegen den radikaleren Flügel der reformerischen Intelligenz. Allerdings mußten sie zwischen 1975 und 1977 mehrere Niederlagen einstecken. Die Bauern reagierten sofort auf die Eingriffe in ihre Marktfreiheiten; plötzlich verringerte sich auf den städtischen Bauernmärkten das Angebot an Nahrungsmitteln. Die Liberalen in der Parteiführung konnten diesen Vorgang als Zeichen der politischen Inkompetenz gegen ihre 'proletarischen' Herausforderer ausspielen, und da es sich herausstellte, daß Biszku in Moskau gegen Kadar intrigierte, wurden er und seine engsten Verbündeten aus den wichtigen politischen Positionen verbannt. Die Niederlage der Fraktion des 'Arbeiterstandpunkts' öffnete sofort der zweiten Runde von Reformen die Tore. In den folgenden Jahren 1978 und 1979 kehrte die Ökonomie auf den Weg der Reform zurück und die reformorientierte Intelligenz ging ans Reißbrett, um die »zweite Reform« vorzubereiten. Diese Reform sollte radikaler als die erste sein und die politischen Machtverhältnisse berühren.

Die Desillusionierung meiner intellektuellen Kollegen folgte aus ihrer Enttäuschung, als diese zweite Reformbewegung beendet oder zumindest in einer ausweglosen Situation festgefahren schien. Um 1982 - 83 gewann die 'proletarische' Opposition wieder einige Kraft und begann, die Reformen erneut unter Beschuß zu nehmen. Andrea Szego, die sich zur Cheftheoretikerin dieser Opposition entwickelte, kam dem Vorwurf sehr nahe, die Reformen würden sich auf der Ebene einer Neuen Klasse bewegen (ders. 1983, S. 49 ff.). Sie konzipierte eine politische Strategie

gie, gemäß der Kaderintellektuelle ein Bündnis mit der Arbeiterklasse gegen eine nur an sich selbst interessierte technokratisch-intellektuelle Schicht eingehen sollten. Indem die Technokraten die Ökonomie von ihren Ressourcenrestriktionen lösen wollten, würden sie nicht die akuten wirtschaftlichen Probleme des Sozialismus lösen, sondern dessen soziale Errungenschaften ausverkaufen.¹⁰ Wichtig ist, daß in einer solchen Analyse der Lage zum Ausdruck kam, wie bedroht sich bestimmte Teile der Kaderelite fühlten und vielleicht auch deren Entschlossenheit, ihre Hegemonie nicht kampfflos aufzugeben. In der Tat schien während der letzten paar Jahre die Stimmung alle sechs Monate umzuschlagen.

Ich bin nicht sicher, wie lange dieses Patt gehalten werden kann. Die ungarische Kaderelite sollte sich die Entwicklung Polens in den siebziger Jahren näher ansehen. Irgendwann gelangen die Intellektuellen vielleicht an einen »point of no return«, wo sie einfach alle Hoffnung in die Reformfähigkeit des Systems verlieren. Einige führende ökonomische Theoretiker, besonders Janos Kornai und in gewissem Maß sogar Tamas Bauer, haben, wie ich meine, in einer sehr technischen Sprache die Möglichkeit schon erörtert, daß das System nicht reformierbar ist (Kornai 1980; Bauer 1981).

Die Wurzel der Versorgungsengpässe und aller anderen Probleme der sozialistischen Ökonomie sind in Kornais Sicht die »weichen« Budgetbegrenzungen, denen sozialistische Firmen unterliegen. Die Ökonomen können wenig gegen die unzureichenden Budgetzwänge tun. Sie haben genug damit zu tun, für geringeres Wachstum zu planen, Entscheidungsprozesse zu dezentralisieren oder Preise festzulegen. Kornai zufolge wird die Art der Budgetgrenzen außerhalb der Sphäre des »ökonomischen Mechanismus« oder der »Ökonomie«, nämlich im politischen System, festgelegt. Ein Soziologe würde hinzufügen: Es handelt sich um eine Frage der Machtverteilung und der Klassenverhältnisse. Kornai bringt das Problem gewissermaßen zurück ins Feld der Soziologen und der Politiker. Notwendig ist eine Reform des politischen Systems. Bauer, der sich eng an Kornais Theorie der Budgetgrenzen anlehnt, gelangt in seinem hervorragenden Buch über den Krisenzyklus staatssozialistischer Ökonomien im Grunde zum selben Ergebnis: Die ökonomische Krisentendenz und die Neigung zur Überakkumulation im Staatssozialismus kann nur aufgelöst werden, indem man die Budgetzwänge verschärft. Dies bedeutet eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse. In soziologischen Begriffen heißt dies nichts anderes, als daß die ungarische Bürokratie vorausgesetzt, eine Reform unmöglich ist. Tatsächlich stellt Kornai in einem neueren Artikel die Beziehung her zwischen zu schwachen Budgetzwängen und der, wie es heißt, »bürokratischen Koordination« der Ökonomie (Kornai 1983, S. 1025 ff.). Ich ziehe den Begriff der »bürokratisch-redistributiven Koordination« vor. Kornai scheint inzwischen der Auffassung zu sein, daß das Problem der Versorgungsengpässe nur überwunden werden kann, wenn die »bürokratische Koordination« oder »Redistribution«, wie ich es nenne, in eine sekundäre Position gedrängt wird. Die wesentlichen Bereiche der Ökonomie, besonders die Kapitalakkumulation, sollen durch den Markt koordiniert werden.

Nach meiner Lesart bedeutet dies, daß die Reform der redistributiven Ökonomie der Quadratur des Kreises gleichkommt – sie ist unmöglich.

Reden wir von der Restauration des Kapitalismus? Sind scharfe Budgetgrenzen nicht Kennzeichen der kapitalistischen Firma und ist marktkoordinierte Allokation von Investitionsgütern nicht gleichbedeutend mit kapitalistischer Profitmaximierung? Eine beunruhigende Frage, die ich nicht leicht beantworten kann. Aber im Grunde bin ich der Überzeugung, daß die Verwandlung von Intellektuellen mit tiefen Bestrebungen, eine Neue Klasse zu bilden, in Restaurateure des Kapitalismus, eine selbsterfüllende Prophezeiung darstellt, zustandegebracht durch eine bornierte Bürokratie, die das Schiff lieber sinken lassen würde als die Technokraten mit ans Ruder zu lassen. 1975 dachte ich, die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa sei unvorstellbar und ich war mir sicher, daß kein Reformier etwas Derartiges wollte. Heute bin ich mir nicht sicher. Wenn ich meine ungarischen Freunde und Kollegen bedränge, erhalte ich im wesentlichen drei Sorten von Antworten. Einige der radikalsten jungen Ökonomen lächeln und sagen: »Ja, die einzige Lösung ist Kapitalismus. Die sozialistische Ökonomie hat nie funktioniert, und sie wird es auch nie.« Ich kann mich nicht erinnern, diese Ansicht vor 1975 gehört zu haben, aber während der vergangenen drei Jahre wurde sie mir mehrmals mitgeteilt. Die älteren und weniger radikalen Ökonomen schütteln den Kopf und sagen: »Was für eine ideologische Frage! Was macht den Unterschied? Ist das wichtig?« Die ältesten Ökonomen, die wenigen, die sich immer noch Sozialisten nennen, sind durch die Frage ebenso beunruhigt wie ich und sagen, man könne keine Vorhersagen machen. »Wer weiß? Wir werden den Kapitalismus restaurieren oder auch nicht, aber wir haben kaum die Wahl. Wir müssen marktorientierte Reformen vorantreiben, die Redistribution und bürokratische Koordination im Zentrum des Systems ersetzen. Wir haben's anders versucht, aber nichts hat funktioniert.«

Da ich nicht glaube, daß eine redistributive Ökonomie im Prinzip funktionsfähig und der Markt die einzig rationale Möglichkeit ist, die Ökonomie zu koordinieren, gebe ich der Bürokratie die Schuld für diese Fehlschläge. Sie hat die Reform in selbsterstörerischer Weise sabotiert, indem sie genau jene Mechanismen blockierte, von denen ihr eigenes Überleben abhängt. Eine derartige Starrsinnigkeit seitens der tschechischen, polnischen oder sogar ungarischen Bürokratie ist keineswegs isoliert zu sehen von den Vorgängen in der Sowjetunion. Russische Panzer zerschlugen den Prager Frühling. Viele von uns glaubten, daß sie das gleiche in Polen getan hätten, wenn die polnische Armee nicht bereit gewesen wäre, die schmutzige Arbeit zu übernehmen. Und die ungarische 'arbeiterorientierte' Opposition gibt ohne ihre Freunde in Moskau wohl nicht viel her. (Sie würde sicher nicht weit kommen, wenn sie sich auf die Stimmen verlassen müßte, die sie bei Wahlen gewinnen könnte.) Wenn wir die Fehlschläge des Projekts einer Neuen Klasse in Osteuropa verstehen wollen, müssen wir auf die Entwicklung in der UdSSR zurückgehen.

Leider kenne ich die sowjetischen Verhältnisse nicht gut genug, um diese Frage eingehend beantworten zu können. Ich möchte nur nochmals kurz auf einen Punkt

hinweisen, den ich oben schon erwähnt habe: Während der letzten Jahre der Chuschtschow-Ära bis hinein in die ersten Jahre des Breschnew-Regimes entwickelte sich das Projekt einer Art Neuen Klasse. Im Laufe der Jahre verstärkte sich der neostalinistische Charakter dieses Regimes und die Bürokraten der alten Schule nahmen die Zügel der Macht fester in die Hand. Diese Verschiebung der russischen Machtverhältnisse zurück zur alten Bürokratie mag in vollem Gange gewesen sein, als 1968 die Entscheidung zur Invasion der Tschechoslowakei fiel. Sie setzte sich bestimmt bis zumindest zum Beginn des Andropow-Regimes fort. Was immer in der Sowjetunion der Gorbatschow-Ära geschehen mag – es ist sicher, daß es von entscheidender Bedeutung für eine Transformation oder Konservierung der Klassenbeziehungen im restlichen Osteuropa sein wird.

Konzessionen an die Privatwirtschaft und das duale System gesellschaftlicher Stratifizierung

Während der im Besitz und unter der Kontrolle der Regierung stehende Sektor der Ökonomie im Schneckentempo, wenn überhaupt, reformiert wurde, begann das ungarische Regime spektakuläre Konzessionen an die Privatwirtschaft zu machen. Zunächst geschah dies in der Landwirtschaft, seit 1970 und besonders seit 1978/79 zunehmend in allen Bereichen der Ökonomie. Diese Großzügigkeit kam genau zur rechten Zeit. Wie alle anderen Ökonomien Osteuropas war auch die ungarische um das Jahr 1979 angeschlagen. Während der siebziger Jahre hatte Ungarn umfangreiche Kredite aufgenommen und die Schuldendienstlasten wurden durch den sprunghaften Anstieg der Zinsen immer drückender. Das Land begann unter seiner Schuldenlast zu ersticken. Das Wirtschaftswachstum erreichte den Nullpunkt, wie überall in den Nachbarländern, und die Rückzahlung der Schulden war nur durch Einfrieren des Lebensstandards möglich. Nach 1979 begannen die Reallöhne sogar leicht zu sinken.

Unter manchen Gesichtspunkten ging es Ungarn nicht besser als Polen oder Rumänien. Aber während in Polen eine Revolution ausbrach, die Ökonomie kollabierte und die Arbeiterklasse die Dinge in die Hand nahm, Rumänien in die düsterste »Kriegsökonomie« schlitterte (Rationierung aller wichtigen Güter und Verschärfung der Polizeikontrolle), stand in Ungarn der »Kommunismus der Massenkonsumtion« in voller Blüte. Im Unterschied zu ihren polnischen Kollegen waren die ungarischen Arbeiter keineswegs eifrig damit beschäftigt, Gewerkschaftsveranstaltungen zu besuchen, zu streiken oder sich über die wirtschaftliche Gesundheit ihrer Betriebe den Kopf zu zerbrechen. Im Gegenteil, sie konnten nicht verstehen, warum die polnischen Arbeiter so heftig an Gewerkschaften interessiert waren. Was in den Betrieben geschieht, spielt für die ungarischen Arbeiter kaum eine Rolle. Für viele von ihnen beginnt das Leben nach der Arbeitszeit, wenn sie die erste Ökonomie verlassen und in die zweite eintreten, in der man wirklich Geld verdienen kann. Im Laufe der frühen achtziger Jahre fand ein ungarisches Wirtschaftswunder statt:

Während die Reallöhne fielen, stieg der Lebensstandard; mit weniger Geld zum Monatsende kauften die Leute mehr Waren. Obwohl auf die Statistiken über die Einkommen in der zweiten Ökonomie kein Verlaß ist, stimmen die meisten Beobachter darin überein, daß ungefähr 70% der ungarischen Familien während der frühen achtziger Jahre Einkommen von außerhalb der redistributiven Ökonomie bezogen. Die überwältigende Mehrheit der Einkommen aus der zweiten Ökonomie stammt aus landwirtschaftlicher Produktion auf einem im Familienbesitz befindlichen Fleckchen Erde und aus Schwarzarbeit. Die meisten Leute sind in nur bescheidenem Rahmen tätig. Sie ziehen etwas Gemüse auf ihrem Hinterhof, füttern ein oder zwei Schweine, reparieren nach Feierabend das Fernsehgerät des Nachbarn, oder arbeiten am Wochenende und während des bezahlten Urlaubs auf dem Bau. Allerdings hat eine kleine aber wichtige Minderheit von Familien die liberalen Regelungen privater ökonomischer Aktivitäten seitens der Regierung voll ausgenutzt. Ungefähr 10 - 15% der Familien, die eine Hälfte in der Landwirtschaft, die andere in Dienstleistungsbetrieben, im Einzelhandel und neuerdings sogar in der Industrie tätig, haben damit begonnen, kleine, aber auf Akkumulation ausgerichtete Familienbetriebe aufzubauen, aus denen sie den Großteil ihres Gesamteinkommens beziehen. Dieses wiederauflebende Unternehmertum stellt für gewöhnlich immer noch eine Nebentätigkeit dar. Das männliche Oberhaupt der Familie neigt dazu, seine Arbeit im redistributiven Sektor zu behalten, um sich gegen die Unwägbarkeiten der staatssozialistischen Politik abzusichern, aber die Frauen bleiben oft ganz zu Hause und leiten die Familienfirma. Das in diese Unternehmen investierte Kapital mag nicht sehr beeindruckend sein; die meisten Firmen operieren mit einem Kapital von ein bis zwei Millionen Forint (20 000 bis 40 000 \$). Dieser Betrag stellt jedoch andererseits die Summe des Einkommens des durchschnittlichen Industriearbeiters im Verlauf von 20 - 30 Jahren dar. Allerdings ist die Akkumulationsrate sehr beeindruckend. Die erfolgreicheren Unternehmer, besonders im Handel, werden ihr Vermögen wohl jedes Jahr verdoppeln. Der angeblich reichste ungarische Unternehmer (ein Ladenbesitzer auf dem Land) hat zum Beispiel inzwischen um die hundert Millionen Forint an Betriebsvermögen, und Experten schätzen, daß mehrere Dutzend Familien zweistellige Millionenbeträge besitzen. Fast all dieser Reichtum ist in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren akkumuliert worden. Angesichts einer derart raschen Kapitalakkumulation kann man, vorausgesetzt, daß die Regierungspolitik nicht auf eine orthodoxe Linie zurückkehrt, ziemlich sicher sagen, daß innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre eine neue Schicht oder Klasse kleiner vollzeittätiger Privatunternehmer auftauchen wird, von denen einige Lohnarbeiter beschäftigen werden.¹¹

Ich bin überzeugt, daß der wichtigste Vorgang in der ungarischen Gesellschaft während der letzten zehn Jahre die Herausbildung dieses zweiten Systems sozialer Stratifikation gewesen ist, ein Prozeß, den meine ungarischen Kollegen, besonders die Dissidenten, nicht ohne Stolz oft als »Verbürgerlichung« (*polgarosodas*) oder sogar »sozialistische Verbürgerlichung« bezeichnen. Der ungarische Ausdruck *pol-*

gar oder *polgarosodas* ist recht doppeldeutig. Er meint »Bourgeois« wie »Citoyen« (die beste Übersetzung ist wahrscheinlich »Bürger«) und deshalb mag es möglich sein, über »*polgarosodos*« oder »Verbürgerlichung« zu reden, ohne mit dem Ausdruck die Restauration des Kapitalismus zu meinen. Sogar sozialistische Verbürgerlichung ist möglich, wenigstens im Prinzip. Die Bedeutung dieses neuen Unternehmertums liegt darin, daß es vielen Ungarn gelungen ist, gegenüber der bürokratisch-restruktiven Ordnung Autonomie zu erlangen. Wer sich im Prozeß der Verbürgerlichung befindet, wer Unternehmer wird, hört auf, den Staat zu sehen wie der Arbeitnehmer den Arbeitgeber. Man wird Steuerzahler, Staatsbürger. Geformt wird eine bürgerliche Gesellschaft, die relativ autonom ist gegenüber dem politischen und ökonomischen Staat. Ich bin ziemlich sicher, daß der relative Erfolg, die ungewöhnliche Popularität und die politische und ökonomische Stabilität des Kádárismus während der vergangenen zehn Jahre das Ergebnis der Öffnung oder Wiedereröffnung des bürgerlichen Wegs ist. Einige ungarische Soziologen behaupten, wir seien Zeugen des Neubeginns eines Verbürgerlichungsprozesses, der schon, obwohl durch die osteuropäische Rückständigkeit verzögert, vor dem zweiten Weltkrieg stattgefunden hat, zwischen 1944 und 1948 starken Aufwind bekam und 1949 unterbrochen wurde. Der Neubeginn dieses Prozesses hat dazu beigetragen, das ungarische Regime ökonomisch wie gesellschaftlich-politisch zu retten.

Ein kurzer Vergleich zwischen Polen und Ungarn mag an dieser Stelle angebracht sein. Die ungarischen Redistributoren haben das während der siebziger Jahre entlehene Kapital nicht viel effizienter verwendet als ihre Mitspieler in anderen osteuropäischen Ländern; sie haben die gleichen Fehler gemacht wie die Planer der zweiten Industrialisierung in Polen. Die ungarischen Planstrategen haben überinvestiert, indem sie eine großangelegte petrochemische Industrie aufbauten, die auf sowjetische Ölimporte angewiesen war, die sehr schnell teurer wurden und nur in harter Währung bezahlt werden konnten. Zur selben Zeit führte die Ölschwemme auf dem Weltmarkt zur Schließung internationaler Märkte für die chemische Industrie. Eine andere »große« Planentscheidung war der Wiederaufbau der Stahlindustrie in einem Land mit wenig Eisenerz und zu einem Zeitpunkt, als die Stahlnachfrage sank. Aufgrund dieser Investitionen konnten die Kredite nicht zurückgezahlt werden. Dennoch, die ungarische Ökonomie fand sich in besserem Zustand als die polnische. Kredite wurden für den Kauf von Konsumgütern verwendet, was dazu beitrug, Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht zu halten. Das Warenangebot war groß genug, um die steigenden Einkommen aus der zweiten Ökonomie zu absorbieren. Während die erste Ökonomie strauchelte, wuchs die zweite weiter und kompensierte gewissermaßen die Ineffizienzen des redistributiven Sektors. Nicht weniger wichtig sind die sozialen und politischen Konsequenzen dieser Strategie. Die offiziellen Berichte über die ökonomische Lage sind düster; sogar die nationalen Pläne, die Anlaß zu Optimismus geben sollen, prognostizieren 2 - 3% Wachstum im Jahr. Ökonomen reden über den unmittelbar bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruch. Zur selben Zeit jedoch befindet sich das Land in einem Wirtschafts-

boom. Der Wohnungsbau wächst fieberhaft. Die Läden sind voll mit Waren und Käufern. Obwohl die Ökonomen, mit denen ich gesprochen habe, fast einhellig vorhersagen, dies könne nicht mehr lange dauern, spüren die Leute nichts davon. Die allgemeine Stimmung ist tatsächlich, daß es vorangeht mit dem Land. Der Lebensstandard eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung mag gesunken sein, doch da es einer ansehnlichen Minderheit so viel besser geht als vorher, entsteht eine Art »ungarischer Traum«: Jeder, der fähig ist und hart genug arbeitet, kann es schaffen. Ich bin sicher, daß der Unternehmerstatus und der ihm folgende neue Reichtum nur einer relativ kleinen Minderheit offensteht. Nicht mehr als fünf oder zehn Prozent der ländlichen Familien können hundert Schweine mästen oder 200 000 Pfund Hühnerfleisch im Jahr verkaufen – um eine Vorstellung vom Umfang der Tätigkeiten in einem vernünftigen Familienbetrieb zu geben. Aber der Geist des Unternehmertums kann Berge versetzen. Genau dies ist in Ungarn geschehen. Die Leute haben ihre Nachbarn oder Verwandten plötzlich reich werden sehen, gaben sich selbst die Schuld an ihrer schlechteren Lage, mühten sich mehr, arbeiteten länger und härter. Während die polnischen Arbeiter dachten, um besser wegzukommen, mußten sie ihre Betriebe neu organisieren, setzten die Ungarn auf härtere Arbeit und Konkurrenz auf dem Markt.

So hat die liberale Politik gegenüber der kleinen Privatwirtschaft der Bürokratie sehr genützt. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß die ungarische Kaderelite sich bewußt für die Öffnung des privaten Sektors entschieden hat, und wir sollten ihr nicht allzu viel Respekt für den Erfolg zollen. Das Ergebnis war im Grunde nicht geplant und nicht intendiert. Es war das Resultat von Kämpfen zwischen einer Elite einerseits, die aus den Erfahrungen der Kosten des bürokratischen Machtmißbrauchs von 1956 gelernt hatte und konzessionsbereiter war als ihre Genossen anderswo, und den Arbeitern andererseits, die durch lange Kämpfe mit Bürokratien sowjetischen Typs in der Politik des Kompromisses geübt waren. Die weitreichenden Zugeständnisse an die private Wirtschaft brachten der Kaderelite unerwartete Früchte und halfen ihre Herrschaft zu stabilisieren, ohne viel politische Macht mit der Intelligenz zu teilen. Zumindest in Ungarn wurden die Intellektuellen auf dem Weg zur Klassenmacht nicht nur durch die Borniertheit der Bürokratie aufgehalten, sondern auch durch die konsolidierende Wirkung der Expansion einer zweiten Ökonomie.

Reformerische Intellektuelle fragen sich natürlich zweifelnd, wie lange die zweite Ökonomie das System retten kann, und wie lange die Reform der ersten Ökonomie durch die Mobilisierung von Ressourcen aus der zweiten aufgeschoben werden kann. Tatsächlich scheint es unrealistisch, daß der Erfolg sehr kleiner Unternehmen eine nationale Ökonomie lange über Wasser halten kann, die Teil einer modernen, auf internationaler Ebene integrierten ökonomischen Ordnung ist.

Wege in die Zukunft Osteuropas – Strategien kollektiver Akteure, Politik des Klassenbündnisses

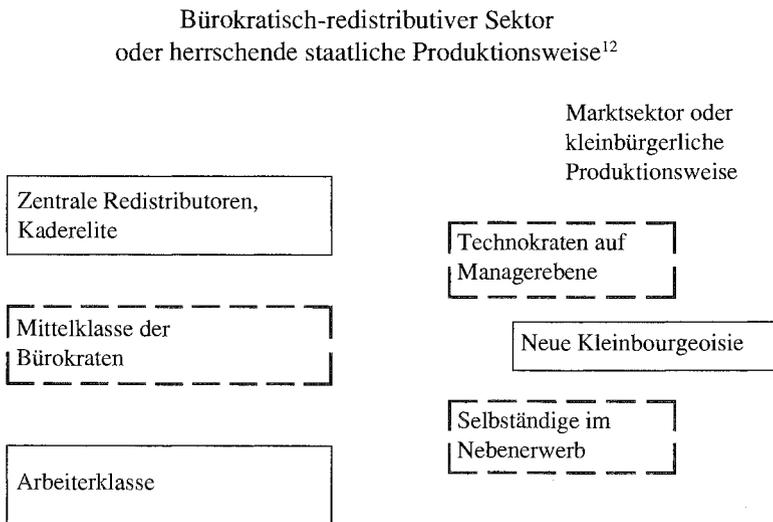
Die Konstitution einer Neuen Klasse von Intellektuellen hat sich in den letzten zehn Jahren als viel problematischer erwiesen, als wir noch 1975 dachten; wir sollten uns daher nach künftigen Alternativen zu ihr umsehen. Im folgenden Abschnitt werfe ich einen kurzen Blick auf die kollektiven Akteure in einem Land wie dem heutigen Ungarn, skizziere die Klassenkonstellation im Staatssozialismus und erörtere die verschiedenen Bündnismöglichkeiten der kollektiven Akteure untereinander. Ich schließe mit einigen Bemerkungen zur Strategie von Klassenbündnissen allgemein.

Das Feld der Klassen im Staatssozialismus

In Anlehnung an Erik Wrights Schema der Klassen (vgl. Wright 1977; 1978) im fortgeschrittenen Kapitalismus möchte ich versuchen, die Klassenkonstellation des Staatssozialismus im Übergang zu intensivem ökonomischem Wachstums zu skizzieren. Ich verwende Ungarn als Modellfall.

Figur I

Feld der Klassen in staatssozialistischen Gesellschaften



———— Basale Klassenpositionen
- - - - - Widersprüchliche Positionen

Wright geht davon aus, daß die wesentlichen Klassenpositionen in einer »Gesellschaftsformation« durch die »Produktionsweisen« bestimmt sind. Demgemäß beschreibt er drei »basale Klassenpositionen« im fortgeschrittenen Kapitalismus, zwei in der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise (Kapitalisten und Arbeiter) und eine in der untergeordneten »einfachen Warenproduktion« (das Kleinbürgertum). Er kennzeichnet weiterhin einige »widersprüchliche Klassenpositionen«, etwa die Position der Manager und Aufseher zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern, oder die der teilautonomen Angestellten zwischen den Lohnarbeitern und den Kleinbürgern.

Im Falle des Staatssozialismus ist die Verwendung des Begriffs der »Produktionsweise« etwas problematisch, aber das System dualer Stratifikation, welches ich aufzeichne, kann als duales System ökonomischer Integration oder als duales System von Produktionsweisen gefaßt werden. Ich verwende die Begriffe *Redistribution* und *Markt*, um die zwei integrativen Mechanismen der Ökonomie zu kennzeichnen, welche die beiden unterschiedlichen Stratifikationssysteme formen.

In Begriffen der Klassenanalyse gesprochen ist eine »neue Kleinbourgeoisie« im Entstehen.¹³ Eine solche Differenzierung der Klassenlandschaft im Staatssozialismus eröffnet interessante neue Bündnismöglichkeiten und beeinflusst die Überlebenschancen des Projekts einer Neuen Klasse.

Strategien des Klassenbündnisses und das Projekt der Neuen Klasse

Im obigen Schema der Klassenpositionen können, logisch wie historisch begründet, vor allem drei Verbindungslinien gezogen werden. Die erste verbindet die Kaderelite mit der Arbeiterklasse. Diese unwahrscheinliche Kräftekombination verknüpft die beiden Erzfeinde im Staatssozialismus, aber aufgrund der Expansion des Markts und eines Systems neuer Ungleichheiten, welches die Elite wie bestimmte Teile des Industrieproletariats treffen kann, mag diese Konstellation mehr Chancen haben, als ich vor zehn Jahren noch dachte. Die zweite Linie verbindet den eher reformorientierten Teil der Kaderelite über die Technokraten mit der neuen Kleinbourgeoisie. Dieses Bündnis ist eine interessante neue Option. Aussagen über sie stellen ein Risiko für den Theoretiker dar. Ich bin gegenwärtig nicht in der Lage, abzuschätzen, welche Zukunft diese Strategie für Osteuropa bedeuten würde. Stellt sie einen neuen und besonderen »spanischen Weg« zum entwickelten Sozialismus dar oder nur den bekannten »spanischen Weg« zum Kapitalismus?¹⁴ Schließlich ist eine Allianz von »Kräften des Volkes« denkbar, die Bildung eines »historischen Blocks« aus Arbeiterklasse und Kleinbourgeoisie, der im Falle besonders bornierter Bürokratien wie der im Polen der späten siebziger und frühen achtziger Jahre, verstärkt werden kann durch Fachberufler und sogar durch die Technokraten. Im folgenden werde ich die genannten Strategien kurz beschreiben.

Arbeiter und Kaderintellektuelle

Eine zentrale These in *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht* lautete, die Erzfeinde im Staatssozialismus seien die Kader und die Arbeiter. Die größte Lüge der Geschichte war die Anmaßung der stalinistischen Bürokratie, die »Diktatur des Proletariats« auszuüben. Ich bin immer noch dieser Überzeugung und habe oben bereits über die »proletarische« Demagogie des konservativen Partei- und Gewerkschaftsapparats in Ungarn geschrieben. Gleichzeitig meine ich, daß die technokratische und reformorientierte Intelligenz das Potential zu einer solchen Allianz nicht unterschätzen sollte.

Im allgemeinen bedeutet die Schwächung der nach Befehl und Gehorsam organisierten Ökonomie eine Bedrohung der Bürokratie und Vorteile für die Arbeiterklasse – sei dies nun, indem stalinistischer Voluntarismus und Überpolitisierung ökonomischer Entscheidungen durch effizienteres und rationaleres Management ersetzt werden, marktförmige Allokation wichtiger Güter und Dienstleistungen anstelle redistributiver Allokation tritt, oder indem die Möglichkeiten einer zweiten Ökonomie erschlossen werden. In der Tat haben Arbeiter in Ungarn und Polen technokratische, rationalisierende und sogar marktorientierte Reformen unterstützt. Aber man sollte den Konsens in der Bevölkerung, der solche Reformen trägt, nicht überbewerten. Die Früchte der Reform kommen nicht allen Gruppen gleichermaßen zugute. Die einzigen, die nichts von ihr haben, sind wahrscheinlich die Bürokraten der mittleren Ebene, die ihre Macht an anerkannt kompetente Entscheidungsträger verlieren. Ihre materiellen Privilegien schrumpfen; ihre Einkommen fallen zurück hinter die der Technokraten und vieler Arbeiter, die in der zweiten Ökonomie gut verdienen; sie verlieren wichtige Zusatzvergütungen, wie etwa im staatlich subventionierten Wohnungsbau, aufgrund der marktorientierten Reform der Distribution. Andere wichtige Bevölkerungsgruppen haben von der Reform einige Vorteile, zahlen aber einen hohen Preis für die Transformation des ökonomischen Systems. Die politisch wichtigste dieser Gruppen ist das städtische Industrieproletariat in der Schwerindustrie. Solange sich die Ökonomie unter stalinistischem Kommando befand, war dieser Teil der Arbeiterklasse der relativ privilegierteste. Die stalinistischen Bürokraten der Ökonomie waren versessen auf Schwerindustrie, sogar in Ungarn, dem wichtige Rohstoffe fehlten. Sie beharrten darauf, ein »Land aus Stahl und Kohle« aufzubauen; der Stahlfacharbeiter wurde als der Prototyp des »Proletariers« angesehen. Die Facharbeiter in der Schwerindustrie waren ordentlich bezahlt, recht angesehen und verhältnismäßig gut mit Nebenvergütungen ausgestattet.

Ob die technokratischen Reformen diesem Sektor der Industrie und den dort Arbeitenden besonders nützen werden, ist fraglich. Zunächst hat diese Schicht der Arbeiter am wenigsten von der Expansion der zweiten Ökonomie. Der Kern des Proletariats in der Schwerindustrie ist, im Unterschied zu den angelernten Arbeitern der ersten Generation in anderen Zweigen der Ökonomie, von Grund auf urban und getrennt von den Dörfern und der bäuerlichen Tradition. Von ihm ist daher am we-

nigsten zu erwarten, daß er sich Einkommen aus landwirtschaftlichem Nebenerwerb im Familienbetrieb verschafft. Dazu kommt, daß die Fertigkeiten der Arbeiter in diesen Industrien für selbständigen Nebenerwerb am wenigsten geeignet sind. Man kann schließlich kein Stahlwerk im eigenen Keller betreiben. Zuletzt mag durch die größere Gewichtung ökonomischer Effizienz sogar die Existenz dieses Industriezweigs in Frage gestellt sein. Wäre es nicht besser, viele Firmen in der Schwerindustrie zu schließen, sogar Arbeitslosigkeit hinzunehmen, als sie trotz Verlusten zu halten? Diese Frage wird oft von den technokratischen Reformern gestellt. Die Frage, ob man Arbeitslosigkeit systematisch institutionalisieren soll, steht ganz oben auf der Tagesordnung der ungarischen Reformen, und zweifellos würde der Kern des Proletariats in der Schwerindustrie zuerst davon betroffen sein.

Eine andere wichtige Gruppe, die durch den zu schnellen Niedergang der redistributiven Institutionen der stalinistisch kommandierten Industrie hart getroffen werden kann, sind die ökonomisch nicht mehr aktiven Pensionäre vor allem aus der Arbeiterschaft. Während die Kaderelite ihre Macht im Zentrum der redistributiven Institutionen der Ökonomie vehement verteidigen wird, mag sie im Bereich der Sozialleistungen eher zu Konzessionen an ihre technokratischen Herausforderer bereit sein. Was die Sache ökonomischer Reformen anbelangt, besteht ein mögliches gefährliches Szenario für Osteuropa darin, daß in der Produktionssphäre keine durchgreifenden Beschränkungen der Macht der redistributiven Bürokratie vonstatten gehen, dafür aber die relativ bescheidenen Errungenschaften wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung demontiert werden. Ergebnis könnte die Pauperisierung des von Sozialleistungen abhängigen unteren Teils von 10 - 15% der Einkommensbezieher sein. Dieser könnte dann eine andere wichtige Komponente der »Massenbasis« der konservativen Kaderelite sein in ihrem Versuch, ihr Monopol an redistributiver Macht gegen die Herausforderer der Neuen Klasse zu verteidigen. Andrea Szego hat in ihrem Versuch, ein Programm für die 'arbeiterorientierte' Opposition zu formulieren, mit scharfem theoretischem Instinkt diesen Bündnispartner identifiziert. Die Strategie, die aus ihrer Analyse hervorgeht, besteht in dem Versuch, die Kaderelite mit den hochqualifizierten Facharbeitern in der Schwerindustrie und der durch Vermarmung bedrohten sozialleistungsabhängigen »unteren Klasse« des Staatssozialismus zu verbinden.

Ich unterstelle nicht, daß die Kaderelite in ihrem Bemühen, gegen die Reformen der Neuen Klasse eine Art Neostalinismus zu restaurieren, die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich bringen könnte. Aber in Osteuropa besteht das Spiel der Politik nicht darin, 51 Prozent der Stimmen zu erlangen. Jaruselski schafft es mit ungefähr 15 - 20 Prozent der Bevölkerung hinter sich. Doch mit der eindeutigen Sympathie des etablierten städtischen Proletariats sowie der Sozialleistungen beziehenden unteren Klasse der Bevölkerung könnte die konservative Kaderelite eine beachtliche politische Kraft werden. Dies ist eine wichtige Lektion für die Reformen der Neuen Klasse in Osteuropa.

Die Technokraten und die neue Kleinbourgeoisie

Da von einem neuen Kleinbürgertum 1974 noch nicht viel zu sehen war, haben wir in *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht* die Möglichkeit eines solchen Bündnisses und seine soziologische Bedeutung nicht erörtert. Wie oben schon gesagt, hat nun das Erscheinen dieser neuen Position in der ungarischen Klassenstruktur und die wachsenden Möglichkeiten, in das neue Kleinbürgertum aufzusteigen, einen wesentlichen Grund für den Erfolg des ungarischen Regimes während der polnischen Krise ausgemacht.

Wegen des begrenzten Materials, das ich zur Verfügung habe, bin ich mir nicht sicher, worin die soziologische Bedeutung dieser neuen »Achse« besteht. Ich sehe zwei verschiedene Erklärungsmöglichkeiten für das Bündnis der reformerischen Kaderelite mit den Technokraten und dem neuen Kleinbürgertum mit dem Programm einer marktorientierten ökonomischen Reform. (1) Das Bündnis ist ein neuer »ungarischer Weg« zum Sozialismus, auf welchem die Macht der konservativen Kaderelite allmählich untergraben wird und vermittelt eines Prozesses sozialistischer Verbürgerlichung allmählich eine Neue Klasse ihre aufgeklärte Herrschaft errichtet. (2) Wir haben es in Wirklichkeit nur mit dem bekannten »spanischen Modell« unter Franco in der Zeit nach 1960 zu tun, als die Falangisten die Kapitalisten ökonomisch gewähren ließen, solange sie das falangistische Monopol politischer Herrschaft nicht in Frage stellten.

In Ungarn herrscht ein starker Trend zur Entideologisierung, ausgenommen bei den konservativen Kaderintellektuellen, die wohl in den vergangenen zehn Jahren sogar im Parteiapparat in der Minderheit waren. Marxistische Begriffe verschwinden, der Begriff Sozialismus wird kaum gebraucht und sogar im Parteiapparat herrscht ein gesunder Pragmatismus. Mein seit 1982 während Besuchen in Ungarn gewonnener Eindruck ist, daß die Partei ihre ideologischen Ambitionen aufgegeben hat. Aus Parteiführern werden professionelle Politiker, die es für ihre Hauptaufgabe halten, an der Macht zu bleiben und alles zu tun, um dieses Ziel zu erreichen.

Auf diese Weise kann man auch das Phänomen Jaruselski interpretieren. Das hervorstechendste Merkmal der Zeit des Kriegsrechts in Polen war die radikale Diskreditierung der kommunistischen Partei, besonders als ideologische Organisation. Das Bild, welches das Militärregime von sich geben wollte, war das relativer Effizienz im Vergleich zum korrupten Parteiapparat und zum »Anarchismus« der Gewerkschaft Solidarität. Man zeigte Bereitschaft, sogar mit der katholischen Kirche »korporatistische« Verhandlungen zu führen und demonstrierte Toleranz gegenüber politischen Aktionen, solange sie nicht Gesetz und Ordnung brachen. Ist daher eine »spanische Lösung« für Jaruselskis Regime völlig auszuschließen? Um an der Macht zu bleiben, könnte das polnische Regime durchaus in Betracht ziehen, ob es aus Effizienzgründen nicht privatwirtschaftliche Verhältnisse einführen sollte. Theoretisch ist dieser »spanische Weg« durchaus möglich. Die kommunistischen Parteien würden dann ihre Ideologien über Bord werfen und zu pragmatischen Orga-

nisationen werden, mit dem Hauptziel, das politische Monopol ihres Apparates zu bewahren. Dies könnte zur Restauration des Kapitalismus und zur Aufrechterhaltung eines undemokratischen, sogar totalitären, politischen Systems führen. Meine Freunde unter den ungarischen Dissidenten erweisen sich oft als etwas naiv in ihrem Glauben an die »Unvermeidlichkeit« zunehmender Demokratisierung im Zuge der Verbürgerlichung. Viele von ihnen unterstützen die Entwicklung des Kleinbürgertums, nicht weil sie zu Anhängern des Privateigentums wurden, sondern weil sie meinen, damit die Demokratie voranzubringen. Sie betrachten sich als die demokratische Opposition. Ich bin mir nicht sicher, ob sie recht haben. Mein Eindruck ist, daß das neue ungarische Kleinbürgertum aus *polgars* eher im Sinne von Bourgeois oder Kapitalisten besteht, denn aus Citoyens. Der Prozeß der Verbürgerlichung kann lange ohne Demokratisierung vonstatten gehen.

Allerdings meine ich, daß, wägt man alle Umstände ab, meine ungarischen Freunde und Kollegen letztlich recht haben könnten. Die Chancen eines spanischen Modells werden nicht allzu groß sein. Ihm steht als wichtigster Faktor die Sowjetunion und die ideologische Orthodoxie der sowjetischen Partei entgegen. Die ungarische Partei oder das polnische Militär mögen bereit sein, die Restauration des Kapitalismus zuzulassen (und ist im übrigen die pragmatische Auffassung Deng Xio Pings über die »Katze, die die Maus fängt« weit davon entfernt?), aber es gibt keinerlei Anzeichen, daß die Sowjets ebenso denken. Zumindest bis zum Aufstieg Gorbatschows schien die sowjetische Kaderelite entschlossen, die Ökonomie notfalls in der Stagnation einzufrieren als den Reformkurs einer Neuen Klasse zuzulassen oder marktwirtschaftliche Zugeständnisse zu machen. Allein diese Tatsache wird wohl ausreichen, um nennenswerte Fortschritte auf dem spanischen Weg zu einer korporatistischen Lösung unter der politischen Hegemonie des Parteiapparates zu verhindern.

Es gibt andere, weniger von außen gesetzte Grenzen für eine kapitalistische Restauration. Ich möchte einen wichtigen internen ökonomischen Faktor erwähnen, den ich allerdings aus Platzgründen nicht in erforderlicher Tiefe ausführen kann. Das kapitalistische Potential des neuen Kleinbürgertums sollte nicht überbewertet werden. Sogar in Ungarn haben wir es mit sehr kleinen, vor allem landwirtschaftlichen Unternehmen zu tun, die recht unbedeutende Anlagen an fixem Kapital aufweisen. Bis heute sind diese kleinen Unternehmen in den staatlichen Sektor integriert, zu dem sie nicht in Konkurrenz treten und es wahrscheinlich auch nicht könnten. Führende ökonomische Reformer in Ungarn, mit denen ich gesprochen habe, etwa Marton Tardos und Pal Juhasz, sehen daher nicht die Möglichkeit einer kapitalistischen Restauration. Tardos wie Juhasz glauben an einen ungarischen Weg zum entwickelten Sozialismus, in dem Privatunternehmen zwar einen legitimen Platz haben, deren Erfolg aber auf der Reform des staatlichen Sektors beruht, ohne daß dieser in Privateigentum umgewandelt wird. Aus der Sicht unserer Analysen in *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht* bedeutet dies, daß das Projekt der Neuen Klasse immer noch eine lebensfähige Alternative darstellt.

Ein Bündnis der »Kräfte des Volkes«

Aber wie steht es mit einem Bündnis der Kräfte des Volkes, mit einer Achse zwischen Arbeiterklasse und neuem Kleinbürgertum? Wie oben schon erwähnt, war in Polen ein solches Bündnis um 1980/81 vermutlich im Entstehen (und wahrscheinlich hätten in diesem Fall, aufgrund des langanhaltenden Konflikts zwischen der technokratischen Intelligenz und den Bürokraten der alten Schule sogar die Intellektuellen sich diesem, in Gramscis Begriff, »historischen Block« gegen die »Mächte« angeschlossen). Aus politischen Gründen ist dieses Klassenbündnis für mich das verlockendste, und es entspricht den politischen Werten, die unserem Buch zugrundeliegen. Ich muß zugleich eingestehen, daß es das unwahrscheinlichste der hier vorgestellten drei Szenarios darstellen mag.

Zunächst gerät in diesem Szenario der archaische Konflikt zwischen der Arbeiterklasse und der Kaderelite wieder in den Brennpunkt. Die Ereignisse in Polen und Ungarn während der Jahre 1980 und 1981 haben gezeigt, daß es für die Kaderelite nichts Bedrohlicheres gibt als eine freie Gewerkschaftsbewegung vom Typ der Solidarität. Sie stellt die Macht der Kader »im Zentrum der Produktion« in Frage und führt zur Kontrolle der Arbeiter über die Betriebe. Die ungarische Elite setzte ihre Politik des Klassenkompromisses und der Konzessionen fort, während die polnische Elite, mit der Gewerkschaftsbewegung konfrontiert, aufs Kriegerrecht zurückgriff. Mit anderen Worten, bei den Machthabern herrscht heftiger Widerstand gegen einen historischen Block aus Volkskräften, während ein ungarisches oder sogar ein spanisches Modell auf vernünftige Kooperationsbereitschaft stößt. Zweitens können, wie das ungarische Beispiel zeigt, die Arbeiter sehr leicht gespalten und abgelenkt werden von gewerkschaftlichen und betrieblichen Konflikten und Kämpfen um Selbstverwaltung. Ein großer Vorteil des ungarischen Modells für die Herrschenden – Kaderelite wie Technokraten – besteht darin, daß es zur Spaltung der Arbeiterklasse führt und die politische Formierung der Klasse verhindert. Drittens haben wir, wahrscheinlich aufgrund der genannten zwei Faktoren, keine klare Vorstellung davon, wie ein sozioökonomisches System auf Basis der Selbstverwaltung in größeren Betrieben und kleinerer selbständiger Unternehmen funktionieren würde. Obwohl viele von uns mehr dem selbstverwalteten Sozialismus anhängen als dem Staatssozialismus oder Privatkapitalismus, wissen wir ganz gut, wie die letztgenannten funktionieren, aber es ist unklar, was es mit dem erstgenannten auf sich haben mag. Ohne genauen Plan wird der gewaltige Widerstand der Machthaber und wahrscheinlich die mangelnde Überzeugung der Beherrschten die Möglichkeiten eines solchen Bündnisses sehr beschränken.

Aber nicht an die Macht zu kommen, heißt nicht, wirkungslos zu bleiben. Wenn auch die Allianz der Volkskräfte nicht die Hegemonie erlangen mag, könnte sie doch zu einer komplexeren Balance der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen beitragen. Wäre ich Ideologe einer osteuropäischen Arbeiterbewegung, würde ich eine politische Strategie vorschlagen, gemäß der die Arbeiter die Kaderelite, die Tech-

nokraten mit ihren Bestrebungen zur Bildung einer Neuen Klasse und die neue Kleinbourgeoisie mit ihren kapitalistischen Aspirationen gegeneinander ausspielen würden. Ich neige zu der Auffassung, daß es für die Menschen in Osteuropa am besten wäre, wenn keine dieser »Eliten« von den anderen ausgeschaltet und zwischen ihnen eine Art Gleichgewicht hergestellt wurde. Eine teilweise Restauration des Kapitalismus muß nicht zum Nachteil der Arbeiter sein. Privatunternehmen würden eine Auswahl an Arbeitsplätzen schaffen und die Möglichkeit des Aufstiegs in die Unternehmerklasse eröffnen. Eine zu umfassende Restauration des Kapitalismus wird allerdings nicht von Vorteil sein. Der Bereich staatlicher Redistribution kann für Wohlfahrtsleistungen, zur Sicherung der Arbeitsplätze usw. verwendet werden. Warum ihn also nicht gegen Markteinflüsse verteidigen, insbesondere wenn in diesem Bereich die Balance der Kräfte der Neuen Klasse und der alten Bürokratie gelingen sollte.

Was ich hier in vagen Umrissen beschreibe, mag der Dritte Weg sein, über den sich osteuropäische Ideologen seit einem Jahrhundert auslassen. Von Preußen bis Polen und Ungarn haben osteuropäische Theoretiker wiederholt argumentiert, daß etwas Einzigartiges in der Situation Osteuropas diese Länder daran hindern mag, entweder den westlichen Weg kapitalistischer (und sie meinten: habgieriger) Marktkonkurrenz zu gehen oder in östlicher, russischer oder gar asiatischer (wie Ideologen des Dritten Weges meinten: despotischer) Bewegungslosigkeit eingefroren zu bleiben. Andererseits waren die Theoretiker des Dritten Weges nicht gerade erfolgreich, wenn sie sagen sollten, worin denn der Dritte Weg bestehe.

Mein Schluß lautet, daß es eine dritte soziale Formation vielleicht nicht geben wird. Vielleicht ist der Dritte Weg nichts anderes als eine funktionsfähige Kombination des westlichen und östlichen Modells – eine dauerhafte, stabile, gemischte Ökonomie. Eine solche Evolutionslinie kann in bezug auf die Klassenverhältnisse in Osteuropa bedeuten, daß Rationalisierung der staatlich-bürokratischen Herrschaft und die Implementierung des Projekts der Neuen Klasse mit einer partiell kapitalistischen Entwicklung kombiniert werden. Das Ganze bliebe der Logik der Redistribution unterworfen. In diesem Szenario würde nur ein neues Kleinbürgertum geschaffen, keine herrschende Kapitalistenklasse. Nach Jahrzehnten des hartnäckigen Widerstands der Kaderelite und dem unerwarteten Aufstieg eines neuen Kleinbürgertums ist somit das Projekt einer neuen Klasse in Osteuropa immer noch nicht ganz aussichtslos.

Die Politik des Klassenbündnisses

Meine Analyse, wie übrigens die der *Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*, beruht nicht auf der Vorstellung einer klassenlosen Gesellschaft. Obwohl ich »Klassenlosigkeit« für einen anziehenden Gedanken halte, bin ich mir nicht sicher, wie sie in absehbarer Zukunft erreicht werden kann. Auch glaube ich, daß Vertreter der Neuen Klasse diesen Begriff verwendet haben, um ihren Aufstieg zur Klassenmacht

voranzutreiben; zu leicht wird er in ein ideologisches Instrument verwandelt. Wir sollten uns deshalb davor hüten, allzu bereitwillig politischen Szenarios anzuhängen, die versprechen, daß die klassenlose Gesellschaft unmittelbar bevorsteht.

Vor dem Hintergrund dieses Skeptizismus gegenüber der Vorstellung einer klassenlosen Gesellschaft neige ich zu der Überzeugung, daß die wirksamere Strategie für die der Herrschaft einer Klasse Unterworfenen die Streuung der Klassenmacht ist. Der Ansturm gegen die eine Klasse könnte eine neue Klasse an die Macht bringen. Wenn der alte Herrscher durch den neuen ersetzt wird, warum nicht gleich zwei Herrscher? Die für die Arbeiter fruchtbarste Strategie des Klassenbündnisses ist m.E., zu versuchen, ein wenig mehr »politischen Raum« zu erlangen, indem sie mehrere Herren gegeneinander ausspielen.

Eine frühere Version dieser Arbeit wurde von Michael Buroway und Erik Wright durchgesehen. Beide kritisierten die »Strategie der zwei Herren«, oder die Strategie der partiellen Restauration des Kapitalismus in Osteuropa. Ihr Argument lautete, daß der Aufstieg eines zweiten Herrn, einer zweiten herrschenden Klasse, nicht zu größerem politischem Handlungsspielraum für die Arbeiterklasse führen würde. Der wahrscheinlichste Ausgang wäre, meinten sie, daß die beiden Herren ein Bündnis gegen die Arbeiterklasse eingehen, die dann schlechter dastehen würde als mit einem Herrn. Ich gestehe diese Möglichkeit ein. Gleichzeitig möchte ich für ein »aktivistisches« Konzept der Klassen plädieren und behaupten, daß ein solches Resultat nicht unvermeidlich ist. Die Kämpfe können auch zu anderen Ergebnissen führen. Obwohl ein Bündnis der Herrschenden eine naheliegende Möglichkeit darstellt, mag es eine Strategie der Arbeiterklasse geben, dieses Bündnis zu verhindern. Der Sinn einer soziologischen Analyse, wie ich sie hier unternommen habe, besteht darin, unsere Selbstreflexion voranzutreiben, die Zukunft zu erschließen und uns darüber zu vergewissern, daß die Ergebnisse der Kämpfe kollektiv Handelnder nicht vorherbestimmt sind.

Ich glaube immer noch, daß eine Neue Klasse in Osteuropa entstehen kann, obwohl ich zehn Jahre nach meinem ersten Buch zu diesem Thema noch eindringlicher verneine, daß deren Aufstieg zur Macht historisch unvermeidlich ist. Aber diese Unvermeidlichkeit in Frage zu stellen, heißt für uns nicht, den Schluß zu ziehen, daß wir es künftig mit neostalinistischer Bürokratenherrschaft oder mit der Restauration des Kapitalismus zu tun haben werden. Die Zukunft kann eine komplexere soziale Struktur hervorbringen. Vom Standpunkt meiner eigenen politischen Werte ist das bestmögliche Szenario jenes, in dem die Kräfte der Neuen Klasse und die der alten Klassen sich die Waage halten.

(Übersetzung aus dem Englischen durch Klaus Fritz)

Anmerkungen

- 1 Näheres zu dieser faszinierenden Geschichte bei E. Bailes (1979).
- 2 Ferenc Feher weist überzeugend einige interessante Ähnlichkeiten zwischen Chruschtschowismus und Kadarismus nach. Vgl. Ferenc Feher (1984). Zu den Auswirkungen des hohen Stellenwerts des Szientismus innerhalb des Chruschtschowismus auf den Prager Frühling vgl. Zdenek Mlynar (1984).
- 3 Ein Buch von Feher und Heller, voller Leidenschaft für das Jahr 1956, zeigt, daß diese Verdrängung nicht endgültig war. Irgendwo im Unbewußten wußten sie immer die Wahrheit, irgendwo haben auch sie die Lektion von 1956 gelernt. Vgl. Feher und Agnes Heller (1983).
- 4 Ich habe an anderer Stelle eingehender die Differenz erörtert zwischen der Wendung zum Markt in Ungarn und der eher »wissenschaftlichen« Reaktion in der DDR – und auch in der Sowjetunion selbst – auf die Krise der sowjetischen Befehlsökonomie. Vgl. Robert Manchin und Iván Szelényi (1985).
- 5 Vgl. etwa mehrere einflußreiche Artikel von Andras Hegedus zu diesem Thema. Z.B. A. Hegedus, (1965) oder Andras Hegedus und Maria Markus (1972).
- 6 Ich habe den Gedanken eines dualen Systems sozialer Stratifikation ausführlicher entwickelt in Robert Manchin und Iván Szelényi (1986). Vgl. für eine ähnliche Analyse Tamas Kolosi, (1982).
- 7 Victor Zaslavski wendet diesen Begriff vor allem auf die Sowjetunion der Ära nach Chruschtschow an, aber seine Analyse ist auch auf einige osteuropäische Länder, besonders die Tschechoslowakei, übertragbar. Vgl. Viktor Zaslavski (1982).
- 8 In einem Mitte 1981 geschriebenen Buch entwirft Schaff eine Mittlerrolle für das Militär und bezeichnet das Kriegerrecht (vor seiner Einführung) als das kleinere Übel. Vgl. Adam Schaff (1982).
- 9 Vgl. Schaffs Artikel zur Verteidigung des Kriegerrechts nach dessen Einführung: »*Krysis Marksizmu czy Marksistow?*« (Krise des Marxismus oder der Marxisten?), *Tu i Teraz*, 16.3.1983 und »*Czy Kryzys Marksizmu?*« (Eine Krise des Marxismus?) *Tu i Teraz*, 10.8.1983. Ich halte recht viel von Schaffs Analysen, nicht so sehr wegen der Verteidigung des Kriegerrechts, sondern wegen seiner Einschätzung Jaruselskis als Politiker der »Mitte«. Er ist damit jenen in der Analyse überlegen, die den undifferenzierten Begriff der *Mächtigen* verwenden, um den Gegensatz derer im Apparat zur »Gesellschaft« zu bezeichnen. Der Prozeß gegen die Mörder des Pater Popieluszko erwies die tiefen Spaltungen in Partei und Regierung und die Intensität des Konflikts zwischen einerseits Jaruselski, seinen eher technokratisch und reformorientierten Anhängern, dem Militär und aufgeklärten Intellektuellen und auf der anderen Seite den Falken innerhalb der Partei und Offizieren der Geheimpolizei: Jaruselski könnte die letzte Hoffnung für das Projekt der Neuen Klasse in Polen gewesen sein, er mag gehofft haben, daß er mit seinen technisch geschulten Offizieren Effizienz in den Apparat bringen und die Rolle der Partei einschränken könnte. Bis heute ist dies sicherlich nicht gelungen. Andererseits ist es sehr fraglich, ob ein von Jaruselski geführtes Projekt der Neuen Klasse auf die polnischen Intellektuellen überhaupt Anziehungskraft ausgeübt hätte. Wir können wohl davon ausgehen, daß die meisten polnischen Intellektuellen inzwischen den Katholizismus wiederentdeckt haben, sich als polnische Patrioten betrachten und es sehr viel mehr vorziehen würden, zwar machtlose, aber gutbezahlte Fachleute in einem kapitalistischen Polen zu sein als ihren frustrierenden Kampf um die Macht im Staatssozialismus fortzusetzen. Selbst wenn die Formierung der Neuen Klasse in Polen gegenwärtig möglich wäre – gäbe es überhaupt potentielle Mitglieder?
- 10 Für eine Erörterung der Unterscheidung von Ökonomien knapper Ressourcen und knapper Nachfrage vgl. Janos Kornai (1980).
- 11 Nähere Ausführungen finden sich in Manchin und Szelényi (1986).
- 12 Zur Diskussion der »staatlichen Produktionsweise« vgl. Henri Lefèbvre, (1977); Manuel Castells, (1984; S. 306 ff.); Iván Szelényi, (1981); E.D. Wright (1983).
- 13 Im Unterschied zu Poulantzas' neuem Kleinbürgertum ist diese genuin neu. In eher verwirrender Weise bezeichnet Poulantzas die Bürokraten des Wohlfahrtsstaates, (die im Grunde das Phänomen einer Neuen Klasse darstellen) als »neues Kleinbürgertum«. Vgl. Nicos Poulantzas (1975). »Neues Kleinbürgertum« meint im vorliegenden Artikel die selbständigen oder kleinen Unternehmer.

- 14 Unter »spanischem Weg« verstehe ich ein Bündnis zwischen einer staatlichen Elite und einer ökonomisch starken Unternehmerklasse, die deren Machtmonopol nicht in Frage stellt und dafür beträchtlichen ökonomischen Bewegungsspielraum erhält. Hierin bestand im wesentlichen das Abkommen zwischen dem Franco-Regime und der spanischen Bourgeoisie in den sechziger Jahren.

Literatur

- Arato, A./Vajda, M. (1980): The limits of the leninist opposition: Reply to David Bathrick, in: *New German Critique*, No 19
- Bailes, E. (1979): *Technology and society under Lenin and Stalin: Origins of Soviet Technical Intelligentsia*, Princeton
- Bathrick, D. (1978): The politics of culture: Rudolf Bahro and opposition in the GDR, in: *New German Critique*, No 15
- Bathrick, D. (1981): Rudolf Bahro's »Neo-Leninism« in context – Reply to Andrew Arato and Mihaly Vajda, in: *New German Critique*, No 21
- Bauer, T. (1981): *Tergazdasag, Beruhazas, Ciklusok*, Budapest
- Castells, M. (1984): *The city and the grassroots*, Berkeley
- Djilas, M. (1957): *Die Neue Klasse*. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München
- Feher, F./Heller, A./Markus, G. (1983): *Dictatorship over the needs*, Oxford
- Feher, F. (1984): Kadarism as applied Krushchevism, in: Feher, F./Miller, R.F. (eds.): *Krushchev and the Communist World*, London
- Feher, F./Heller, A. (1983): *Hungary 1956 revisited: The message of a revolution – a quarter of a century after*, London
- Gouldner, A. (1979): *The future of the intellectuals and the rise of the new class*, New York
- Haraszti, M. (1975): *Stücklohn*. Mit einem Vorwort von H. Böll, Berlin
- Hare, P.G./Wanless, P.T. (1981): Polish and Hungarian economic reforms: a comparison, in: *Soviet Studies*, Oktober
- Hegedus, A. (1965): *Optimalizacio es Humanizacio*, Valosag
- Hegedus, A./Markus, M. (1972): The role of values in the long range planning of distribution and consumption, in: *Sociological Review Monograph*, No 17
- Juhasz, P. (1982): As Agraretelmiseg Szerepe es a Mezogazdsagi Svovetkezetek, in: *Medvetanc*, No 4; Fortsetzung No 1 (1983)
- Kolosi, T. (1982): A strukturalis viszonyok korvnlai, in: *Valosag*, No 11
- Konrad, G./Szelényi, I. (1978): *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*, Frankfurt 1978
- Kornai, J. (1980): *Economics of shortage*, Amsterdam
- Kornai, J. (1983): Burkratikus es Piaci Koordinacio, in: *Kozgazdasagi Szemle*, No 9
- Kuron, J./Modzelewski (1973): Offener Brief an die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, in: M. Jänicke (Hrsg.): *Politische Systemkrisen*, Köln
- Lefebvre, H. (1977): *De l'état*, Bd. 3, Paris
- Manchin, R./Szelényi I. (1985): Eastern Europe in the crisis of transition, in: Misztal, B. (ed.): *Polish Solidarity and Beyond*, New York
- Manchin, R./Szelényi, I. (1986): Social policy under state socialism, in: Esping-Anderson, G./Rainwater, L./Rein, M. (eds): *Stagnation and renewal in social policy*, New York
- Mylar, Z. (1984): Krushchev's politics as the forerunner of the Prague Spring, in: Feher, F./Miller, R.F. (eds.): *Krushchev and the Communist World*, London
- Poulantzas, N. (1975): *Klassen im Kapitalismus – heute*, Westberlin
- Richta, R. (1968): *Der Richta-Report*, Prag
- Schaff, A. (1982): *Die kommunistische Bewegung am Scheideweg*, Wien
- Svitak, I. (1981): Comparisons, in: *Telos*, N 47

- Szego, A. (1983): Gazdasag es Politika: Erdek es Struktura, in : *Medvetanc*, No 2,3
- Szelényi, I. (1980): Whose alternative, in: *New German Critique*, No 20
- Szelényi, U. (1981): The relative autonomy of the state or the state mode of production, in: Dear, M.J./ Scott, A.J. (eds.): *Urbanisation and urban planning in capitalist societies*, London
- Wright, E.O. (1977): Class boundaries in advanced capitalist societies, in: *New Left Review*
- Wright, E.O. (1978): *Class, crisis and the state*, London
- Wright, E.O. (1983): Capitalism's Futures, in: *Socialist Review*, No 68
- Zaslavski, V. (1982): *The Neo-Stalinist state: Class, ethnicity and consensus in Soviet Society*, New York